

NomosPRAXIS

Berlit | Conradis | Pattar [Hrsg.]

Existenzsicherungs- recht

SGB II | SGB XII | AsylbLG | Verfahrensrecht

4. Auflage



Nomos

Nomos**PRAXIS**

Prof. Dr. Uwe-Dietmar Berlit | Dr. Wolfgang Conradis
Prof. Dr. Andreas Kurt Pattar [Hrsg.]

Existenzsicherungsrecht

SGB II | SGB XII | AsylbLG | Verfahrensrecht

Handbuch

4. Auflage

Dr. Irene Becker, Institut für empirische Verteilungsforschung, Riedstadt | **Prof. Dr. Uwe-Dietmar Berlit**, Vorsitzender Richter am Bundesverwaltungsgericht a.D., Leipzig | **Prof. Dr. Arne von Boetticher**, Fachhochschule Potsdam | **Dr. Wolfgang Conradis**, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Sozialrecht, Duisburg | **Prof. Dr. Susanne Dern**, Hochschule Fulda | **Prof. Dr. Dr. h.c. Eberhard Eichenhofer**, Universität Jena | **Prof. Dr. Julia Heesen**, Hochschule Frankfurt a. M. | **Werner Joos**, Sozial- und Jugendbehörde, Stadt Karlsruhe | **Uwe Klerks**, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Sozialrecht und Versicherungsrecht, Moers | **Prof. Dr. Ina Elisabeth Klingele**, Hochschule Kehl | **Prof. Dr. Ute Kötter**, Hochschule München | **Andreas Krampe**, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V., Berlin | **Lisa Krug**, Richterin am Sozialgericht Halle | **Prof. Dr. Gabriele Kuhn-Zuber**, Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin | **Prof. Dr. Anne Lenze**, Hochschule Darmstadt | **Prof. Dr. Andreas Kurt Pattar**, Hochschule Kehl | **Dr. Ulrich Sartorius**, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht und für Sozialrecht, Breisach | **Prof. Dr. Torsten Schaumberg**, Hochschule Nordhausen | **Prof. Dr. Maria Wersig**, Hochschule Hannover | **Dr. Antje Wrackmeyer-Schoene**, Richterin am Sozialgericht Dessau-Roßlau



Nomos

Zitiervorschlag: HdBEx/Bearbeiter Kap. ... Rn. ...

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-1038-7 (Print)

ISBN 978-3-7489-4168-2 (ePDF)

4. Auflage 2025

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2025. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Seit dem Erscheinen der letzten Auflage 2019 war Deutschland in zuvor kaum geahnter Weise mehreren Herausforderungen ausgesetzt: Auf die Corona-Pandemie mit ihren erheblichen gesellschaftlichen Auswirkungen folgten der immer noch andauernde Krieg in der Ukraine und seine Implikationen für Energiepreise, Inflation und nicht zuletzt öffentliche Finanzen. Dies ging auch an dem gerade für existenzielle Krisen Einzelner bestehenden Existenzsicherungsrecht nicht vorbei: Von den zahlreichen Änderungen, von welchen SGB II (mehr als 35 von 2019 bis 2023), SGB XII (mehr als 30), SGB IX (mehr als 20), AsylBLG und die übrigen Normen im Existenzsicherungsrecht betroffen waren, hatte ein großer Teil seinen Anlass in einer dieser beiden Großkrisen.

Nicht zuletzt wurden einige der in der Pandemie eingeführten Änderungen, etwa bei der Einkommens- und Vermögensanrechnung, durch das Bürgergeldgesetz 2023 auf Dauer übernommen. Die ungeahnt hohe Inflation nicht zuletzt infolge des Krieges in der Ukraine erforderte eine Anpassung der Regelbedarfsbestimmung, um dem verfassungsrechtlichen Gebot der Existenzsicherung der Leistungsbeziehenden nachzukommen – ob das zu jedem Zeitpunkt zufriedenstellend gelungen ist, kann nicht in einem Vorwort untersucht werden.

Diese große Anzahl der Gesetzesänderungen kontrastiert mit einem Rückgang der sozialgerichtlichen Streitverfahren: Auch wenn inzwischen wieder zwei BSG-Senate für Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende und weiterhin ein Senat für Asylbewerberleistungen, Sozialhilfe und Eingliederungshilfe zuständig sind, gehen die Eingangszahlen bei den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit insgesamt beständig zurück. Dass davon auch das Existenzsicherungsrecht betroffen ist, belegen die ebenfalls zurückgehenden Erledigungszahlen in Angelegenheiten nach dem SGB II, weniger im Bereich der Asylbewerberleistungen und der Sozial- und Eingliederungshilfe. Dieser Kontrast lässt sich einerseits damit erklären, dass die Vielzahl der Gesetzesänderungen sich in den bisherigen Pfaden bewegt und die großen Linien des Rechtsgebiets unberührt lässt, dass aber auch andererseits die in der Tendenz weniger strenge Einkommens- und vor allem Vermögensanrechnung seit der Corona-Pandemie oder das zeitweilige Sanktionsmoratorium und die Entschärfung des Sanktionenrechts durch Bundesverfassungsgericht und Gesetzgeber zu mehr Rechtsfrieden geführt haben mögen. Dieser Rechtsfrieden ließe sich noch weiter steigern, wenn die Gesetzgebung disziplinierter und systematischer vorgehen würde und etwa Unterschiede in Wortlaut und Systematik der Normen von SGB II und SGB XII tatsächlich nur bei einem gewollten Unterschied einsetzen würde.

Von den Erwartungen und Reformen, von denen im Vorwort zur letzten Auflage die Rede war, sind einige eingetreten (Neuerungen im Sanktionensystem des SGB II, Einführung der Grundrente), andere werden hingegen wohl in absehbarer Zeit nicht mehr umgesetzt (Kindergrundsicherung). Auch ohne grundlegende Änderungen, die aktuell diskutiert werden, bleibt das Existenzsicherungsrecht in steter Bewegung. Das Risiko, bei Erscheinen mindestens in Teilen überholt zu sein, besteht also auch bei dieser Auflage dieses Handbuchs.

Angesichts der Finanzlage und des einseitig auf die Ausgabenseite konzentrierten fiskalpolitischen Diskurses hat sich die aktuelle Debatte inzwischen zunehmend in Richtung einer Kürzungsdiskussion verschoben, die teils offen – Stichwort: Inflationsanpassung der Regelsätze –, teils verdeckt – Stichwort: Pauschalierung von Unterkunftsleistungen – geführt wird. Zudem wird das Existenzsicherungsrecht trotz bundesverfassungsgerichtlicher Rechtsprechung zunehmend zur Verwirklichung politischer Ziele in anderen Gebieten in die Pflicht genommen, etwa der Migrationssteuerung. Das verfassungsrechtliche Gebot der jederzeitigen Existenzsicherung aller Menschen in Deutschland gerät in dieser Debatte immer wieder aus dem Blick.

Vorwort

Neben Veränderungen in der betrachteten Rechtsmaterie sind auch Veränderungen im Handbuch selbst zu beobachten. Nicht alle Autorinnen und Autoren der Voraufgabe konnten oder wollten an dieser Neuauflage mitarbeiten. Ihnen danken wir als Herausgeber herzlich für ihre Beiträge, die zur positiven Aufnahme des Handbuchs in Praxis und Wissenschaft beigetragen haben. Gleichzeitig freuen wir uns darüber, dass neu hinzuge-tretene Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft und Praxis neue Akzente setzen. Das Werk profitiert aber auch durch die Kontinuität und Erfahrung derjenigen Autorinnen und Autoren, die auch in dieser Neuauflage weiterhin mitwirken; auch ihnen sind wir zu Dank verpflichtet. Allen Beteiligten gegenüber gilt unser besonderer Dank für die Geduld, die sie bei dieser Auflage in besonderer Weise bewiesen haben.

Auch mit der Neuauflage wollen wir als Herausgeber einen wissenschaftlich-systematischen, aber vor allem praxisrelevanten Überblick verschaffen. Wiewohl angesichts der Erfahrungen der Vergangenheit auch in Zukunft zahlreiche Änderungen zu erwarten sind, hoffen wir, dass dieses Handbuch dank seines systematischen Aufbaus und der systematischen Darstellungsweise auch über einen längeren Zeitraum hinweg nützlich sein wird.

Leipzig/Duisburg/Kehl/Amman, im Oktober 2024

Uwe Berlit, Wolfgang Conradis, Andreas Kurt Pattar

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter	11
Literaturverzeichnis	13

Teil I:

Der gesellschaftliche und rechtliche Rahmen der Existenzsicherung

Kapitel 1: Gesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Bedeutung existenzsichernder Sozialleistungen	17
Kapitel 2: Völker- und europarechtliche Vorgaben an die Existenzsicherung in Deutschland	29
Kapitel 3: Vorrangige Sozialleistungszweige	43
Kapitel 4: Existenzsicherung und Finanzverfassung	48
Kapitel 5: Existenzsicherung und Armut(sforschung)	61
Kapitel 6: Der aktivierende Sozialstaat und sein Verhältnis zur Existenzsicherung	85

Teil II:

Strukturprinzipien des Rechts der existenzsichernden Sozialleistungen

Kapitel 7: Strukturprinzipien des Rechts der existenzsichernden Sozialleistungen	98
Kapitel 8: Menschenwürde und Existenzsicherung	112
Kapitel 9: Der Bedarfsdeckungsgrundsatz	132
Kapitel 10: Aktualitätsgrundsatz und Leistungen für die Vergangenheit	146
Kapitel 11: Der Nachranggrundsatz	164

Teil III:

Das Leistungsrecht

Kapitel 12: Abgrenzung der existenzsichernden Leistungssysteme: Grundsicherung für Arbeitsuchende, Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt) und der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	174
---	-----

Teil III/1:

Allgemeine Leistungsgrundsätze/-voraussetzungen

Kapitel 13: Rechtsanspruch auf Existenzsicherung/Ermessen und Beurteilungsspielraum bei der Leistungsgewährung	214
--	-----

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 14: Wunsch- und Wahlrecht	227
Kapitel 15: Formen der Leistungsgewährung	256
Kapitel 16: Kooperationsplan, Eingliederungsvereinbarung und Leistungsabsprache	280
Kapitel 17: Beratung und Unterstützung	300
Kapitel 18: Bedarfs-, Einsatz-, Haushaltsgemeinschaft	317
Kapitel 19: Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft	341
Kapitel 20: Einsatz von Einkommen in SGB II, SGB XII und SGB IX	358
Kapitel 21: Einsatz von Vermögen in SGB II, SGB XII und SGB IX	453
Kapitel 22: Obliegenheit zum Einsatz der eigenen Arbeitskraft	488
Kapitel 23: Leistungsabsenkung nach Obliegenheitsverletzungen („Sanktionen“)	510

Teil III/2:

Existenzsichernde Sozialleistungen

Kapitel 24: Regelbedarf und Regelsätze nach SGB II und SGB XII	560
Kapitel 25: Leistungen für Mehrbedarfe und in sonstigen Lebenslagen	601
Kapitel 26: Einmalige Leistungen	623
Kapitel 27: Leistungen für Bildung und Teilhabe	638
Kapitel 28: Unterkunft und Existenzsicherung	666
Kapitel 29: Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	744
Kapitel 30: Kommunale Eingliederungsleistungen	793

Teil III/3:

Besondere Personengruppen und Bedarfslagen

Kapitel 31: Deckung des Gesundheitsbedarfs	809
Kapitel 32: Kinder und Jugendliche	826
Kapitel 33: Auszubildende	844
Kapitel 34: Ausländer:innen	871
Kapitel 35: Ältere Menschen	937
Kapitel 36: Menschen mit Behinderungen	948
Kapitel 37: Besondere Grundsicherungsleistungen in der Sozialen Entschädigung	967

Kapitel 38: Personen in besonderen sozialen Schwierigkeiten	974
Kapitel 39: Bestattungskosten	1003
Kapitel 40: Nachrang und Verpflichtung Anderer: Anspruchsübergang und -überleitung	1014
Kapitel 41: Ersatzansprüche	1053
Kapitel 42: Kostenersatz der Erben	1086
Kapitel 43: Erstattungsansprüche zwischen den Leistungsträgern	1097
Kapitel 44: Sozialhilfe zwischen Staat und Markt	1123
Kapitel 45: Vereinbarungsrecht	1147

**Teil V:
Leistungserbringung**

Kapitel 46: Sozialer Markt und Wettbewerbsrecht	1177
Kapitel 47: Antragsprinzip, Antragstellung, Kenntnisgrundsatz	1194
Kapitel 48: Mitwirkungspflichten	1211

**Teil VI:
Verwaltungsverfahren**

**Teil VI/1:
Allgemeine Grundsätze**

Kapitel 49: Datenschutz und Existenzsicherung	1226
Kapitel 50: Zuständigkeiten in der Existenzsicherung	1257
Kapitel 51: Vorläufige Leistungen	1277
Kapitel 52: Übertragung und Pfändung von existenzsichernden Leistungen	1292
Kapitel 53: Widerspruchsverfahren	1302
Kapitel 54: Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	1311

**Teil VI/2:
Korrektur von Verwaltungsentscheidungen**

Kapitel 55: Änderungen zugunsten des Betroffenen (§§ 44, 48 SGB X)	1321
Kapitel 56: Sozialrechtlicher Herstellungsanspruch	1330
Kapitel 57: Rücknahme, Aufhebung und Rückforderung	1340
Kapitel 58: Durchsetzung der Rückzahlung (inkl. Aufrechnung)	1348

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 59: Erlass von Ansprüchen 1357

**Teil VII:
Gerichtliches Verfahren**

Kapitel 60: Klageverfahren 1363

Kapitel 61: Vorläufiger Rechtsschutz 1390

Kapitel 62: Vereinbarungsrecht und gerichtliche Kontrolle 1403

Kapitel 63: Rechtsschutz vor den europäischen Gerichten 1410

Stichwortverzeichnis 1431

Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter

- Dr. Irene Becker*, Institut für empirische Verteilungsforschung, Riedstadt (5)
- Prof. Dr. Uwe-Dietmar Berlit*, Vorsitzender Richter am Bundesverwaltungsgericht a.D., Leipzig (4, 6, 7, 11, 12, 16, 22, 23, 26, 28, 39)
- Prof. Dr. Renate Bieritz-Harder*, Hochschule Emden/Leer (44, 46)
- Prof. Dr. Arne von Boetticher*, Fachhochschule Potsdam (25, 45, 62)
- Dr. Wolfgang Conradis*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Sozialrecht, Duisburg (32, 35, 37, 53, 55, 57, 58, 59)
- Prof. Dr. Susanne Dern*, Hochschule Fulda (17, 19, 30)
- Prof. Dr. Dr. h. c. Eberhard Eichenhofer*, Universität Jena (1, 2, 3)
- Dr. Andy Groth*, Vizepräsident am LSG Schleswig (15, 27)
- Prof. Dr. Julia Heesen*, Hochschule Frankfurt a. M. (8, 9)
- Werner Joos*, Sozial- und Jugendbehörde, Stadt Karlsruhe (52)
- Uwe Klerks*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Sozialrecht und Versicherungsrecht, Moers (15, 20, 21, 33, 41, 42, 50, 54, 60, 61)
- Prof. Dr. Ina Elisabeth Klingele*, Hochschule Kehl (49)
- Prof. Dr. Ute Kötter*, Hochschule München (34)
- Andreas Krampe*, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V., Berlin (38)
- Lisa Krug*, Richterin am Sozialgericht Halle (18)
- Prof. Dr. Gabriele Kubn-Zuber*, Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin (36)
- Prof. Dr. Anne Lenze*, Hochschule Darmstadt (24, 27)
- Prof. Dr. Andreas Kurt Pattar*, Hochschule Kehl (10, 20, 21, 24, 40, 43, 44, 46, 49)
- Dr. Ulrich Sartorius*, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht und für Sozialrecht, Breisach (19, 47, 52, 56, 63)
- Prof. Dr. Torsten Schaumberg*, Hochschule Nordhausen (29)
- Dietrich Schoch*, Regierungsdirektor a.D., Duisburg (43, 50)
- Prof. Dr. Helga Spindler*, vormals Universität Duisburg-Essen (6, 17, 30)
- Prof. Dr. Maria Wersig*, Hochschule Hannover (18, 19)
- Dr. Antje Wrackmeyer-Schoene*, Richterin am Sozialgericht Dessau-Roßlau (13, 14, 31, 48, 51)

Kapitel 2: Völker- und europarechtliche Vorgaben an die Existenzsicherung in Deutschland

Literaturhinweise: Becker, U., Unionsbürgerschaft und soziale Rechte, ZESAR 2002, 8; Becker, U., Migration und soziale Sicherheit – die Unionsbürgerschaft im Kontext, in: Hatje/Huber (Hrsg.), Unionsbürgerschaft und soziale Rechte, Europarecht Beiheft 1/2007, 95; Becker, U., Rechtliche Grundlagen der beruflichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, in: Becker/Wacker/Banafsche (Hrsg.), Homo faber disabilis? Teilhabe am Erwerbsleben, 2015, 13; Bergmann/Lenz, Der Amsterdamer Vertrag, Köln 1998; David, Jurisprudence – Cour de justice des Communautés européennes – Arrêt du 20 septembre 2001 (aff. C-184/99), Rudy Grzelczyk c/ Centre public d'aide sociale d'Ottignies-Louvain-la-Neuve, 39 (2003) RTDeur, 553; Berlit, Die Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende und in der Sozialhilfe, NDV 2017, 67; Bethke/Kruse/Rebstock/Welti, Barrierefreiheit, in: Degener/Diehl (Hrsg.), Handbuch Behindertenrechtskonvention Teilhabe als Menschenrecht – Inklusion als gesellschaftliche Aufgabe (2015), 170; Davy, Das Verbot der Diskriminierung wegen einer Behinderung im deutschen Verfassungsrecht und im Gemeinschaftsrecht, Deutscher Sozialrechtsverband (Hrsg.), Die Behinderten in der sozialen Sicherung (2002), 7; Devetzi/Janda, Das Gesetz zur Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende und in der Sozialhilfe, ZESAR 2017, 197; Devetzi/Schreiber, Diskriminierungsfreier Zugang zu Sozialleistungen nur nach Maßgabe der Unionsbürger-Richtlinie?, ZESAR 2016, 15; Eichenhofer, Menschenrecht auf soziale Sicherheit, VSSR 2007, 87; ders., Der sozialrechtliche Gehalt der EMRK-Menschenrechte, in: Hohmann-Dennhardt (Hrsg.), Grundrechte und Solidarität, Festschrift für Renate Jaeger, 2011, 625; ders., Soziale Menschenrechte im Völker-, Europa- und deutschen Recht, 2012; ders., Angemessene Vorkehrungen als Diskriminierungsdimension im Recht, Baden-Baden, 2019; Fredman, Sandra, Engendering Social welfare Rights, Beth Goldblatt/Lucie Lamarche, Women's Rights in Social Security and Social Protection 2006, 19; Fuchs (Hrsg.), Europäisches Sozialrecht, Nomos-Kommentar, 6. Aufl., Baden-Baden 2015; Goldblatt/Lamarche (Eds.), Women's Rights in Social Security and Social Protection 2006; Grgic/Mataga/Longar/Vilfan, The right to property under the European Convention on Human Rights, Human rights handbooks, No. 10, Strasbourg 2007; Greiser/Ascher, Die Leistungsausschlüsse von EU-Bürgern in SGB II und SGB XII, VSSR 2016, 61; Hujó/Behrendt/McKinnon, Introduction: Reflecting on the Human Right to Social Security, IRSS 2017, Heft 4,5–12; Heinig, Art. 18 iVm Art. 12 EG als Schlüssel zur Teilhabe von arbeitsuchenden Unionsbürgern aus anderen Mitgliedstaaten an steuerfinanzierten Sozialleistungen in Deutschland, ZESAR 2008, 465; Hofmann/Löhr (Hrsg.), Europäisches Flüchtlings- und Einwanderungsrecht, Baden-Baden 2008; Hohnerlein, Soziale Rechte für Drittstaatsangehörige – Zugang zu Sozialleistungen aus unions- und menschenrechtlicher Perspektive, ZIAS 2016, 47; Karrenstein, Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, 2011; Kingreen, Zur Reichweite des Diskriminierungsverbots in Art. E der Revidierten Europäischen Sozialcharta, SR 2020, 68; Kötter, Die Sozialhilfe im Recht der EU – immer noch eine Randexistenz oder auf dem Weg zu einem „Europäischen Sozialhilferecht“, ZIAS 2016, 98; Janda, Migranten im Sozialstaat, 2012; Kunkel/Frey, Können Unionsbürger von Leistungen nach dem SGB II und XII ausgeschlossen werden?, ZfSH/SGB 2008, 387; Mangold/Pattar, Ausschluss von Leistungen für arbeitsuchende Ausländer: Notwendigkeit einer europa-, völker- und grundrechtskonformen Auslegung des § 7 Abs. 1 S. 2 SGB II, VSSR 2008, 243; Marquardt, Schutz gegen Ausweisung ausländischer Fürsorgeempfänger durch Abkommen des Europarats, NDV 1992, 20; Maydell/Ruland/Becker (Hrsg.), Sozialrechtshandbuch, 5. Aufl., Baden-Baden 2012; Meyer (Hrsg.), Charta der Grundrechte der Europäischen Union, 3. Aufl., Baden-Baden 2011; Schreiber, Der Arbeitslosengeld-II-Anspruch von Unionsbürgern und Drittstaatsangehörigen, info also 2008, 3; Schuler, Das internationale Sozialrecht der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1988; Schulte, Die Judikatur des Europäischen Gerichtshofs zur Abgrenzung des sachlichen Anwendungsbereichs der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 im Hinblick auf Sozialhilfe- und sozialhilfeähnliche Leistungen, Bonn 1994; Shaw, The Interpretation of European Citizenship, The Modern Law Review 61 (1998), 293; Strick, Ansprüche alter und neuer Unionsbürger auf Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II, NJW 2005, 2182; Sudre, La protection des droits sociaux par la Cour

Kapitel 2: Völker- und europarechtliche Vorgaben an die Existenzsicherung in D

européenne des droits de l'homme: un exercice de «jurisprudence-fiction», Revue Trimestrielle des Droits de l'Homme, 2003 (14), 755; Thym, Migrationsfolgenrecht, VVDStRL, Bd. 76 (2017), 169; Trenk-Hinterberger, Arbeit, Beschäftigung und Ausbildung in Degener/Diehl, Handbuch Behindertenrechtskonvention-Teilhabe als Menschenrecht – Inklusion als gesellschaftliche Aufgabe 2015,105.

Rechtsgrundlagen:

EuGrCh; VO (EG) Nr. 883/2004; VO (EG) 2004/38; VO (EU) 1231/10; AEMR; IPwskR; ESC; EMRK

Orientierungssätze:

Das Recht auf Existenzsicherung ist international und europaweit anerkannt und geschützt. Das Recht der Existenzsicherung – obwohl wesentlich auf Bundesrecht beruhend – wird durch das Völker- und Europarecht geprägt – mitunter stärker als öffentlich wahrgenommen. Es hat im universellen Völkerrecht (1), regionalen Völkervertragsrecht – namentlich dem Recht des Europarats (2) – sowie schließlich im EU-Recht (3) seinen Niederschlag gefunden.

A. Universelles Völkerrecht	1	C. Supranationales Recht – EU-Recht	8
B. Regionales Völkervertragsrecht – Recht des Europarats	5		

A. Universelles Völkerrecht

- 1 Die am 10.12.1948 von der Generalversammlung der **Vereinten Nationen** verabschiedete **Allgemeine Erklärung der Menschenrechte** enthält in **Art. 25 Nr. 1** ein **Menschenrecht auf „soziale Betreuung“**: „Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Lebenshaltung, die seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Betreuung und der notwendigen Leistung der sozialen Fürsorge gewährleistet; er hat das Recht auf Sicherheit und im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Alter und von anderweitigem Verlust seine Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.“ Diese Gewährleistung bestand noch ohne Anspruch auf völkerrechtliche Verbindlichkeit; diese wurde jedoch mit dem 1966 verabschiedeten Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte begründet.
- 2 Dieses, neben dem in Art. 22 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte jedem Menschen „als Mitglied der Gesellschaft“ eingeräumte **Recht auf soziale Sicherheit**¹ ist ein Menschenrecht, nämlich den Anspruch auf umfassende Sozialhilfe für die Bedürftigen und ihre Familie ; dieses Recht ist an die Bedingung einer individuell nicht zu verantwortenden sozialen Notlage geknüpft. In **Art. 11 Abs. 1 des VN-Paktes für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 16.12.1966**² erkennen die Vertragsstaaten „das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie an, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung.“ In **Art. 11 Abs. 2 des VN-Paktes für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 16.12.1966** ist ein Recht eines jeden begründet, „vor Hunger geschützt zu sein“. Im Unterschied zu der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist die Einhaltung des **Pakts rechtlich erzwingbar**. Die Mitgliedstaaten sind namentlich gehalten, diese Rechte durch ihre Institutionen zu verwirklichen.

Am 25.11.2015 verabschiedete die VN -Generalversammlung ein bis 2030 angelegtes Programm für nachhaltige Entwicklung. Es verpflichtet alle VN-Mitgliedstaaten auf umfas-

1 Hujó/Behrendt/McKinon IRSS 4/2017;5; Eichenhofer VSSR 2007, 87; Eichenhofer, Soziale Menschenrechte, 2012.
2 BGBl. 1973 II 1569.

sende Entwicklungsziele. Es hat eine ökologische Grundausrichtung, verpflichtet aber auch im Kern und konkret zu vielen sozialpolitischen Zielen: Kampf gegen Armut und Hunger, für ein gesundes Leben, notwendige Bildung, Geschlechtergleichheit, sauberes Wasser und saubere Energie, gute Arbeit und Wirtschaftswachstum, nachhaltige Städte, Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen.³

Aus den völkerrechtlichen Diskriminierungsverboten im Hinblick auf Rasse, Alter, Geschlecht und Behinderung wurden durch einzelne VN-Konventionen spezielle Garantien von Menschenrechten für ethnische Minderheiten, Kinder, Frauen und Menschen mit Behinderung begründet. Sie gewährleisten Gleichbehandlung und sichern soziale Teilhabe.⁴ Diskriminierungsverbote beruhen auf dem Grundansatz, dass sich die sozialen Differenzen der zwischen den zu gleichen sozialen Menschenrechten Berechtigten⁵ in elementaren Unterschieden in den Lebensbedingungen der Menschen äußert. Deshalb sind diese durch sozialpolitisch geeignete Maßnahmen – angemessene Vorkehrungen⁶ – zu bearbeiten, was im Grundsatz die Verwirklichung der Menschenrechte benachteiligter Gruppen bedeutet. Über die Einhaltung der Menschenrechte wachen seit 2007 der UN-Menschenrechtsrat⁷ und der Fachausschuss für die VN-BRK. Die Regeln der VN-BRK sind mehr als „bloß symbolische Gesten“.⁸ Sie zielen auf Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigung in die Gesellschaft und deren volle Teilhabe in allen Lebenswelten. Dies fordert von den Staaten praktisches Tätigwerden auf den Gebieten von Bildung, Beschäftigung,⁹ Gesundheit und zur Verwirklichung von Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und darüber hinaus im Geschäftsverkehr.¹⁰

Das am 21.2.1992 in Deutschland verkündete¹¹ **VN-Übereinkommen über die Rechte der Kinder vom 20.11.1989**¹² enthält im Zusammenhang mit der umfassenden Formulierung der Rechte des Kindes einzelne Garantien mit sozialrechtlichem Gehalt. Danach sind die Ansichten und Auffassungen der Kinder vor jeder sie betreffenden Entscheidung zu hören und zu respektieren. Kinder sind ferner vor jeder Diskriminierung zu schützen und gleich zu behandeln – unabhängig von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer und sonstiger Anschauung, nationaler, ethnischer und sozialer Herkunft, des Vermögens, einer Behinderung, der Geburt oder eines sonstigen Status des Kindes, seiner Eltern oder seines Vormunds. Für Kinder ist ein Recht auf **Überleben und Entwicklung**, und zwar in physischer, psychosozialer und kultureller Hinsicht gewährleistet. Bei allen Entscheidungen muss das **beste Interesse der Kinder** berücksichtigt werden.

Im Einzelnen gewährleistet die Konvention den Schutz der Kinder vor Verwahrlosung und Misshandlung (Art. 19) und sieht einen speziellen Schutz für Flüchtlings- (Art. 22) wie Kinder mit Behinderung (Art. 23) vor. Allen Kindern ist eine angemessene Gesundheitsvorsorge zu sichern (Art. 24). Ferner sind für Kinder die Unterbringung (Art. 25), die soziale Sicherheit (Art. 26), angemessene Lebensbedingungen und Unterhalt (Art. 27), Bildung und Teilhabe an Kultur (Art. 28 f., 31) zu sichern und sie sind außerdem vor

3 UN-Basisinformationen 52, Die Ziele für nachhaltige Entwicklung, o. J.

4 Goldblatt/Lamarche, Women's Rights in Social Security and Social Protection (2006).

5 Fredman, Engendering Social welfare Rights, Beth Goldblatt/Lucie Lamarche, Women's Rights in Social Security and Social Protection 2006, 19 ff.

6 Eichenhofer, Angemessene Vorkehrungen als Diskriminierungsdimension im Recht (2019).

7 Karrenstein, Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (2011).

8 Davy, Das Verbot der Diskriminierung wegen einer Behinderung im deutschen Verfassungsrecht und im Gemeinschaftsrecht, Deutscher Sozialrechtsverband (Hrsg.), Die Behinderten in der sozialen Sicherung (2002), 7, 17.

9 Degener/Diehl Behindertenrechtskonvention-HdB/Trenk-Hinterberger S. 105 f. (Arbeit, Beschäftigung und Ausbildung); Becker/Wacker/Banafsche Homo faber disabilis/Becker (Rechtliche Grundlagen der beruflichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen), 13 ff.

10 Degener/Diehl Behindertenrechtskonvention-HdB/Bethke/Kruse/Rebstock/Welti S. 170.

11 BGBl. 1992 II 121.

12 BGBl. 1992 II 990.

wirtschaftlicher Ausbeutung (Art. 32) zu schützen. Diese Verpflichtungen sind namentlich auch durch das deutsche Recht auf Existenzsicherung zu verwirklichen.

B. Regionales Völkervertragsrecht – Recht des Europarats

- 5 Der in Straßburg angesiedelte Europarat stellt den Zusammenschluss nahezu aller europäischen Staaten¹³ dar; er verfolgt das Ziel der gleichen und umfassenden Gewährleistung der Menschenrechte in den Vertragsstaaten. Das Herzstück des Schutzes der Menschenrechte ist die **Europäische Menschenrechtskonvention vom 4.11.1950** (EMRK); über deren Einhaltung wacht der **Europäische Gerichtshof für Menschenrechte** (EGMR). Dieser kann von den Bürgern jedes Vertragsstaates angerufen werden. Ausgehend von der Rechtssache AIREY stellte der EGMR fest, dass die in der EMRK gewährleisteten bürgerlichen und politischen Rechte auch wirtschaftliche und soziale Folgen hätten.¹⁴ Er entschied ferner, dass für die Verwirklichung des Rechts auf gerichtlichen Schutz (Art. 6 Abs. 1 EMRK) staatliche Fördermaßnahmen notwendig seien. Die prozessualen Gewährleistungen einer unparteilichen Würdigung einer Rechtsstreitigkeit durch ein unabhängiges Gericht (Art. 6 EMRK) kommen auch den Parteien bei sozialversicherungsrechtlichen Streitigkeiten zugute, die als bürgerlich-rechtliche Streitigkeiten zu qualifizieren seien.¹⁵ Sozialrechtliche Ansprüche seien auch als Eigentum nach Art. 1 des 1. Zusatzprotokolls zum EMRK geschützt.¹⁶ Dies gelte für beitragsfinanzierte Sozialleistungsansprüche,¹⁷ gerichtlich festgestellte Ansprüche auf Sozialleistungen, denen der Sozialleistungsträger nicht durch Berufung auf die fehlenden Einnahmen entgegen kann,¹⁸ aber auch für Pensionsansprüche für Beamte¹⁹ und steuerfinanzierte Leistungen zugunsten von Menschen mit einer Beeinträchtigung.²⁰ Ein völliger Entzug von Invalidenrenten im Hinblick auf ein konkurrierendes Lohn Einkommen sei eine Eigentumsverletzung, wenn die Beseitigung der Leistung wegen der geringen Zahl von Empfängern keinen nennenswerten Beitrag zur Konsolidierung der Sozialversicherung leiste.²¹ Das alle Menschenrechte prägende Diskriminierungsverbot (Art. 14 EMRK) belässt den Mitgliedstaaten zwar Entscheidungsspielräume bei der Gestaltung ihrer Sozialpolitik,²² untersagt jedoch nicht objektiv begründbare Ungleichbehandlungen bei Sozialleistungen wegen des Geschlechts²³ oder des Status der Ehelichkeit.²⁴ Das Verbot menschenrechtsunwürdiger Behandlung (Art. 3 EMRK) ist auch verletzt, wenn der Staat trotz Kenntnis nicht zum Schutz verwahrloster Kinder gegen deren Eltern einschreitet.²⁵
- 6 Eigene soziale Menschenrechte werden für die Staaten des Europarats ferner durch die **Europäische Sozialcharta vom 18.10.1961** (ESC)²⁶ geschaffen. Darin bekräftigen die Ver-

13 Ausnahme: Weißrussland.

14 Vgl. zum Ganzen umfassend Eichenhofer FS Jaeger, 2011, 625; EGMR 9.1.1979 – Application no. 6289/73 – Airey/Ireland.

15 Vgl. EGMR 29.5.1986 – Application no. 8562/79 – Feldbrugge/The Netherlands; 26.2.1993 – Application no. 13023/87 – Salemi/Italien; 31.1.1995 – Application no. 14518/89 – Schuler-Zraggen/Switzerland; 9.12.1994 – Application no. 19005/91, 19006/91 – Schouten and Meldrum/The Netherlands; 5.10.2000 – Application no. 33804/96 – Mennitto/Italy.

16 Grgic; Sudre.

17 EGMR 16.9.1996 – Application no. 17371/90 – Gaygusuz/Austria.

18 EGMR 7.5.2002 – Application no. 59498/00 – Burdov/Russia.

19 EGMR 25.10.2005 – Application no. 69341/01 – Yuriy Romanov/Russia.

20 EGMR 30.9.2003 – Application no. 40892/98 – Koua Poirrez/Frankreich; 12.4.2006 – Application no. 65731/01, 65900/01 – Stec and others/United Kingdom.

21 EGMR 12.10.2004 – Application no. 60669/00 – Kjartan Asmundsson/Iceland.

22 EGMR 27.3.1998 – Application no. 20458/92 – Petrovic/Austria.

23 EGMR 11.6.2002 – Application no. 36042/97 – Willis/United Kingdom.

24 EGMR 4.6.2002 – Application no. 34462/97 – Wessels-Bergervoet/The Netherlands.

25 EGMR 10.5.2001 – Application no. 29392/95 – Z and others/United Kingdom.

26 IdF der revidierten Europäischen Sozialcharta vom 1.7.1999.

tragsparteien für „jedermann das Recht auf Fürsorge, wenn er keine ausreichenden Mittel hat.“²⁷ Im Einzelnen wird dieses Recht im **Art. 13 ESC** ausgeformt. Darin verpflichten sich die Vertragsstaaten sicherzustellen,

- „1. dass jedem, der nicht über ausreichende Mittel verfügt und sich diese auch nicht selbst oder von anderen, insbesondere durch Leistungen aus einem System der sozialen Sicherheit verschaffen kann, ausreichende Unterstützung gewährt wird und im Falle der Erkrankung die Betreuung, die seine Lage erfordert,
2. dass Personen, die diese Fürsorge in Anspruch nehmen, nicht aus diesem Grund in ihren politischen sozialen Rechten beeinträchtigt werden;
3. dafür zu sorgen, dass jedermann durch zweckentsprechende öffentliche oder private Einrichtungen zur Verhütung, Behebung oder Milderung einer persönlichen oder familiären Notlage erforderliche Beratung oder persönliche Hilfe erhalten kann.“

Am 3.5.1996 beschloss der Europarat, die ESC an die Fortentwicklungen des Arbeits- und Sozialrechts anzupassen, die von ihr umschriebenen und garantierten und den Unterzeichnerstaaten zu verwirklichen aufgetragenen Rechte zu erweitern und somit die ESC von Grund auf zu revidieren und neu zu fassen. Diese Revidierte ESC (RevESC) wurde seither von vielen Staaten gezeichnet, ratifiziert und in ihr Recht überführt. Das „Gesetz zur Revision der Europäischen Sozialcharta vom 3.5.1996“ trat inzwischen in Kraft.²⁸

Die RevESC führt insgesamt 31 „Grundsätze“ auf und formuliert auf dieser Grundlage 31 wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte. Die **RevESC** garantiert ein Recht auf **Arbeit** (Art. 1), gerechte (Art. 2) und gesunde **Arbeitsbedingungen** (Art. 3), gerechtes, dh die **Existenz sicherndes Arbeitsentgelt** (Art. 4), **Vereinigungsfreiheit** (Art. 5), Recht auf **Kollektivverhandlungen** (Art. 6), Schutz von **Kindern** und **Jugendlichen** (Art. 7) und Arbeitnehmerinnen (Art. 8), Berufsberatung (Art. 9), berufliche Bildung (Art. 10),

Schutz der **Gesundheit** (Art. 11), **soziale Sicherheit** (Art. 12), **Fürsorge** (Art. 13), **soziale Dienste** (Art. 14), Recht der **behinderten** Menschen auf berufliche und soziale **Eingliederung** oder Wiedereingliederung (Art. 15), Recht der Kinder und Jugendlichen auf Schutz (Art. 17), **Recht auf Wanderarbeit** und Schutz derer, die es gebrauchen (Art. 18 f.), Rechte der Arbeitnehmer auf Unterrichtung, Anhörung und Arbeitsplatzgestaltung (Art. 21 ff.), Kündigungsschutz (Art. 24), Insolvenzschutz (Art. 25), Recht auf Würde am Arbeitsplatz (Art. 26), Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit (Art. 27), Schutz der Arbeitnehmervertreter und bei Massenentlassungen, Schutz vor und bei Armut (Art. 30) und Rechte auf Wohnung (Art. 30).

Über die Einhaltung dieser Grundsätze entscheidet ein Sachverständigenausschuss. Erhebt dieser Beanstandungen, so kann das Ministerkomitee des Europarates Empfehlungen zur Abhilfe an den betroffenen Mitgliedstaat richten. Das Recht auf soziale Sicherheit und soziale Fürsorge verlangt nach einer besonderen gesetzlichen Ausformung; das Recht auf soziale Sicherheit muss einen erheblichen Teil der Bevölkerung er- und umfassen. Die Leistungen müssen für die Erreichung des Zieles angemessen sein und auf Dauer gewährt werden. Anpassungen und selbst Kürzungen von sozialen Leistungen sind möglich, wenn dadurch das System insgesamt gesichert werden kann. Es gibt inzwischen weltweit eine staatliche Zahl von Systemen wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte, die freilich in Deutschland weder bekannt noch hoch im Kurs stehen.

Diese Bestimmungen formen das Recht auf Existenzsicherung als **soziales Grundrecht** 7 aus. Es hat Nachrang gegenüber den Leistungen der sozialen Sicherung, umfasst jedoch die Krankenbehandlung, darf nicht mit dem Verlust von bürgerlichen Rechten sanktio-

27 Art. 1 Nr. 13 ESC.

28 IdF v. 17.11.2020 (BGBl. 2011 III 112); BT-Drs. 19/20967; BR-Drs. 261/20 v. 22.5.2020; dazu Kingreen SR 2020, 68.

niert werden und ist durch Beratung zu flankieren. Über die Erfüllung dieser Pflichten wacht ein **Sachverständigenausschuss**, welcher bei Nichtbeachtung der Regeln Beanstandungen aussprechen darf. Das Ministerkomitee des Europarats kann mit Zweidrittel-Mehrheit an jeden Mitgliedstaat die nötigen Empfehlungen richten.

Das vom Europarat ausgearbeitete, multilaterale **Europäische Fürsorgeabkommen (EFA)**²⁹ besteht zwischen Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Malta, den Niederlanden, Portugal, Spanien, Schweden, der Türkei und dem Vereinigten Königreich. Es verpflichtet die Staaten dazu, den Angehörigen der genannten Staaten denselben sozialhilferechtlichen Status wie den eigenen Staatsangehörigen einzuräumen, sofern sie sich in den anderen Vertragsstaaten erlaubt aufhalten. Das BSG³⁰ hat daraus abgeleitet, das EFA gebiete den zum SGB II-Bezug Berechtigten Staatsangehörige der Vertragsstaaten gleich zu stellen. Darauf erklärte die Bundesregierung namentlich im Hinblick auf die im SGB II normierten Leistungen im November 2011 einen Vorbehalt.³¹ Des Weiteren untersagt es eine Abschiebung der ausländischen Staatsangehörigen wegen deren Sozialhilfebedürftigkeit.³²

C. Supranationales Recht – EU-Recht

- 8 Das Recht der EU findet seinen Gegenstand in der Ermöglichung des Binnenmarkts sowie den weiteren Säulen der Justiz- und Innen- sowie Außen- und Sicherheitspolitik. Der Binnenmarkt hat nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine soziale Dimension. Art. 3 Abs.3 EUV lautet: „Die Union errichtet einen Binnenmarkt. Sie wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt (...). Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes“. Dies bedeutet, dass sich die EU nicht auf wirtschaftliche Aufgaben beschränkt und beschränken lässt, sondern diese vielmehr in den Dienst sozialer Ziele und Zwecke stellt. Der Binnenmarkt ist nicht Selbstzweck, sondern zielt auf soziale Zwecke wie Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt. Nach Art. 4 AEUV besteht eine zwischen Union und Mitgliedstaaten geteilte Zuständigkeit auf dem Gebiet der „Sozialpolitik, einschließlich der in diesem Vertrag genannten Aspekte“. Darin liegt eine Verweisung auf den in Art. 153 AEUV enthaltenen sozialpolitischen Themenkatalog. Ausweislich von Art. 6 AEUV sind die anerkannten Menschenrechte Teil des EU-Rechts. Sie sind in der **Charta der Grundrechte**³³ umrissen. In Art. 21 Abs. 3 gewährleistet die Union ein Recht auf Unterstützung und Wohnung frei von jeder Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit (Art. 21 Abs. 2).³⁴ Nach dem **Art. 34 Abs. 3** achtet die Union und erkennt zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung und Armut ein **Recht auf soziale Unterstützung**³⁵ und Unterstützung für die Wohnung an, die allen, die nicht über ausreichende Mittel verfügen, ein menschenwürdiges Dasein sicherstellen sollen. Des Weiteren hat jede Person ein Recht auf Zugang zu Gesundheitsvorsorge und ärztlichen Leistungen sowie zu

29 BGBl. 1956 II 564.

30 BSGE 107, 66.

31 Geschäftsanweisung SGB II Nr. 8 Bundesagentur für Arbeit vom 9.3.2012; BT-Drs. 17/8699; 17/9036; zur Wirksamkeit der Einschränkung der Inländergleichbehandlung durch diesen Vorbehalt BSG 3.12.2015 – B 4 AS 43/15 R Rn. 7 ff.

32 BVerwGE 66, 29; Marquardt NDV 1992, 20.

33 Nach dem Vorschlag des Verfassungskonvents wird die Charta der Grundrechte Teil der EU-Verfassung werden: Meyer (Hrsg.).

34 Hohnerlein ZIAS 2016, 47 (51 ff.).

35 Meyer-Riedel Art. 34 Rn. 21 ff.

Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse³⁶ (Art. 35 f. Charta). Diese Gewährleistungen setzen in den Mitgliedstaaten ein System der Existenzsicherung als Gegebenheiten voraus.

Im Zusammenhang mit den jüngeren Versuchen um eine Vertiefung des sozialpolitischen Gehalts der EU steht das Vorhaben „der europäischen Säule sozialer Rechte“.³⁷ Diese wurden auf dem Sozialgipfel von Göteborg am 17.11.2017 im Wege einer „feierlichen Proklamation“ bekräftigt. Die **Europäische Säule sozialer Rechte** ist ein von den Präsidenten von Rat, Kommission und Parlament verkündetes Dokument im Rang einer Empfehlung. Sie bezweckt eine **Bestandsaufnahme** des in Jahrzehnten erreichten Standes europäisch angelegenen **Arbeits- und Sozialrechts**.

Die Säule ist eine Empfehlung **und fasst** die zentralen **Anliegen der Sozialpolitik der EU zusammen**. Die Erklärung führt 20 soziale Rechte und die zu deren Sicherung erforderlichen Institutionen als Grundlage des Binnenmarkts und der in dessen Mitgliedstaaten geltenden Rechtsordnung auf. Die Erklärung zielt primär auf die Euro-Staaten. Sie soll für die Kontrolle öffentlicher Haushalte im Europäischen Semester Beachtung finden. Zur Veranschaulichung und Überprüfung der Leistungsfähigkeit der Rechtsgarantien wird ein „Social Scoreboard“ geschaffen. Es soll dokumentieren, in welchem Umfang die Mitgliedstaaten die sozialen Rechte erreichen und sie mit welchen Ressourcen ausstatten. Mit dem Programm zur Schaffung eines Social Scoreboards soll ein „Leistungsscreening“ ermöglicht werden. Anhand von 12 Gebieten soll gesellschaftspolitischer Fortschritt durch Indikatoren auf der Basis der EU Statistic on Income and Living Conditions (EU-SILC) gemessen und im Rahmen der der Koordination der wirtschaftspolitischen Leistungsfähigkeit im Rahmen jährlicher Überprüfung intendierten europäischen Semesters ökonomisch gemessen wie politisch gesichert werden.³⁸

Die 20 sozialen Rechte werden in drei Gruppen untergliedert: Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, faire Arbeitsbedingungen und schließlich sozialer Schutz und Inklusion. Im Einzelnen wird das Recht auf Bildung einschließlich des Rechts auf lebenslanges Lernen, Chancengleichheit und öffentliche Unterstützung bei Arbeitssuche gewährleistet. Unter den fairen Arbeitsbedingungen werden sichere und gerechte Beschäftigung garantiert, ferner ein Recht auf angemessene, existenzsichernde Entlohnung, Information über Arbeitsbedingungen, sozialer Dialog, Vereinbarkeit von Arbeit und Familienleben, gesunde und angemessenes Arbeitsumfeld. Der soziale Schutz umfasst Förderung von Kindern, Schutz vor den sozialen Risiken, Leistungen bei Arbeitslosigkeit, Mindestlöhne, angemessene Alterssicherung und Pflege, Inklusion, Schutz der Wohnung und Zugang zu den essenziellen Diensten.

Auf den ersten Blick scheint im Übrigen Existenzsicherung und EU-Recht wenig miteinander zu verbinden, weil **weder die Sozialhilfeträger noch die fürsorgerisch tätigen freien Träger dem EU-Wirtschaftsrecht³⁹ unterliegen**. Das EU-Recht hat zwar viele sozialpolitische Zuständigkeiten (vgl. Art. 153 AEUV);⁴⁰ die **Sozialhilfe** bleibt davon weithin **ausgespart**. Das europäische koordinierende Sozialrecht – auf Art. 48 AEUV gestützt und in der VO (EG) Nr. 883/2004 niedergelegt – statuiert **Regeln für die soziale Sicherheit**. Die **Sozialhilfe** ist davon ausdrücklich **ausgenommen** (Art. 3 Abs. 5 VO (EG) 883/2004). Zwar kennt das Europäische koordinierende Sozialrecht die beitragsunabhängigen Geldleistungen (Art. 70 VO (EG) 883/2004); darunter fallen auch Leistungen mit existenzi-

36 Meyer.

37 Ratsdok. 8171/17 v. 26.4.2017 COM (2017) 2600 final.

38 Mitteilung der Kommission v. 8.3.2016 COM (2016)127 final.

39 EuGH 17.6.1997 – C-70/95, Slg 1997, I-3395 – Sodemare.

40 Langer in Bergmann/Lenz, S. 93.

cherndem Zuschnitt – namentlich Leistungen des SGB II.⁴¹ In einer komplizierten und höchst umstrittenen Rechtsprechung hat der EuGH jedoch befunden, dass die in Art. 24 II Richtlinie 2004/38/EG formulierte Befugnis der Mitgliedstaaten, für bedürftige nichterwerbstätige EU-Bürger den Zugang zur Sozialhilfe zu beschränken, auch die deutschen Grundsicherungsleistungen umfasst.⁴² Immerhin führt Art. 153 Abs. 1 lit. j AEUV die Bekämpfung sozialer Ausgrenzungen als möglichen Gegenstand einer in gemeinschaftlicher Zuständigkeit von EU und Mitgliedstaaten wahrgenommenen Rechtssetzung auf.⁴³ Ferner waren die Sozialhilfesysteme im Rahmen der nach Art. 160 AEUV vollzogenen offenen Methode der Koordinierung Gegenstand EU – weiter Erörterung und Überprüfung sowie schließlich Standardsetzung.⁴⁴

- 10 Deswegen ist auch das deutsche Sozialhilferecht den **Einflüssen des EU-Rechts** ausgesetzt. Dies folgt zunächst daraus, dass auf EU-Ebene der **Begriff „Sozialhilfe“** autonom **zu bestimmen** ist. Deshalb ist es nicht ausgemacht, dass sich der **EU-rechtliche** und der inländische Begriff der Sozialhilfe decken. Divergieren beide Begriffe und ist jener enger als dieser, so wäre eine Einbeziehung von Teilen deutschen Rechts der Existenzsicherung in das europäische koordinierende Sozialrecht vorstellbar. Zum anderen gibt Art. 7 Abs. II VO (EU) 492/2011 den Mitgliedsstaaten in Ausprägung der das EU-Recht generell prägenden Pflicht zur Unterbindung jeglicher Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit (Art. 18 AEUV, 21 Abs. 2 und 3 GRCh) vor, Wanderarbeitnehmer bei der **Gewährung „sozialer Vergünstigungen“** nicht wegen ihrer Staatsangehörigkeit zu diskriminieren. Diese Bestimmung legt die Frage nahe: Ist die Sozialhilfe eine „soziale Vergünstigung“ und – falls ja – was folgt daraus für das deutsche Recht?

Am 30.1.2023 verabschiedete der Rat eine „Empfehlung über eine angemessene Mindestsicherung zur Gewährleistung einer aktiven Inklusion“.⁴⁵ Sie hat für die Mindestsicherungssysteme der Mitgliedstaaten Bedeutung, welche als Fürsorge, Sozialhilfe und Bürgergeld normiert sind. Sie werden im EU-Recht als Income Support oder Mindesteinkommen (minimum income) bezeichnet. Seit 1992 bestehen zu diesem Themenkomplex Empfehlungen.⁴⁶ Neu ist die Regelungstiefe der Empfehlung, die in Art. 153 Abs. 1 lit. j AEUV seine Grundlage findet. Darin ist EU-Handeln zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzungen gestattet, welches in seiner inhaltlichen Ausformung Prinzip 14 der Säule sozialer Rechte folgt.

Die Regelung überträgt die elementaren international anerkannten Kategorien zur Ausformung sozialer Rechte auf die Mindesteinkommenssicherung und leitet daraus weitreichende Konsequenzen ab; sie weist eine hohe begriffliche Konsistenz und systematische Kohärenz auf. Die Leitmotive für angemessene Mindestsicherungen sind die Prinzipien der Angemessenheit der Leistungen (adequacy), der größtmöglichen Reichweite (coverage), der Inanspruchnahme, der Arbeitsmarktorientierung und Entfaltung des Aktivierungspotenzials durch Schaffung und Ausbau entsprechender Dienste, deren Zugänglichkeit und der Assistenz für Menschen mit Zugangsbarrieren.

Die Forderung nach einer bedarfsdeckenden Leistung in angemessenem Umfang adressiert den in vielen EU-Staaten beobachtbaren Missstand, dass Fürsorgeleistungen zu niedrig, weil unter den anerkannten Armutsschwellen liegen. Ähnlich wie in der Mindestlohn-RL für den Lohn wird auch für die Mindestsicherung gegen Armut eine evidenzbasierte Ableitung gefordert, die auf statistischen oder Warenkorbmodellen beruhen können.

41 Leitentscheidung: EuGH 19.9.2013 – C-140/12, ECLI:EU:C:2013:565 – Brey.

42 EuGH 11.11.2014 – C-333/13, ECLI:EU:C:2014:2358 – Dano; 15.9.2015 – C-67/14, ECLI:EU:C: 2015:597 – Alimanovic; 25.2.2016 – C-299/14, ECLI:EU:C:2016:114 – García-Nieto.

43 Kötter ZIAS 2016, 98.

44 Kötter ZIAS 2016, 98 (102–105).

45 2023/C41/01; COM (2022) 490 final.

46 92/441/EWG und 92/442/EWG.

Gemeinsam verfolgt die Empfehlung das Ziel, die Fürsorgeleistung nicht primär aus Erwägungen staatlicher Haushaltsführung, nach denen sich die Belange der sozial Schwachen regelmäßig hinter scheinbar Vordringlichem einzureihen haben, sondern auf überprüfbaren Anforderungen an die Bedarfsdeckung der Berechtigten zurückgeführt werden müssen. Weiter bezweckt die Empfehlung die Ausweitung der persönlichen Berechtigung für die Sozialhilfe. Es gelte, Unterdeckungen wie alle Formen der Nicht-Inanspruchnahme von Leistungen aus Gründen verschämter Armut mit der Folge grassierender Armut trotz bestehender Berechtigung zu überwinden. Ein weiteres Anliegen der Empfehlung liegt in der Arbeitsmarktorientierung der Hilfe. Es wird nicht nur das Prinzip formuliert, sondern auch dessen Unterlegung durch Arbeitsvermittlung, Unterstützung und Weiterbildung vorsehen. Schließlich wird die Bedeutung der individualisierten Hilfe für Menschen mit mehreren Zugangsbarrieren hervorgehoben, dem durch konzentrierte und gezielte individuelle Hilfe mit Sozialarbeit abgeholfen werden müsse.

Nach **Art. 3 Abs. 1 VO (EG) 883/2004** unterliegen die **Materien der sozialen Sicherheit** dem europäischen koordinierenden Sozialrecht. Zu diesem gehört aber **nicht die Sozialhilfe** (Art. 3 Abs. 5 VO (EG) 883/2004). Die Unterscheidung zwischen sozialer Sicherheit und Sozialhilfe richtet sich nach **EU-rechtlichen** Maßstäben, weshalb die begrifflichen Unterscheidungen einer nationalen Sozialrechtsordnung für diese Abgrenzung unmaßgeblich sind.⁴⁷ Daher sind die nach deutschem Recht systematisch der **Existenzsicherung** zugeordneten Leistungen im EU-Recht darauf zu prüfen, ob sie der **sozialen Sicherheit** zuzuordnen sind. Diese Frage stellt sich vor allem im Blick auf diejenigen Leistungen der sozialen Sicherheit, die als „**beitragsunabhängige Geldleistungen**“ (Art. 3 Abs. 3, Art. 70 VO (EG) 883/2004) im europäischen koordinierenden Sozialrecht einen Sonderstatus innehaben. Diese werden typischerweise durch Steuern finanziert, decken einen an den Bedarfsgrößen der einzelnen Mitgliedstaaten ausgerichteten Mindestbedarf und sind nur bei fehlender anderweitiger Sicherung zu erbringen. Genügt nicht auch manch eine deutsche Existenzsicherungsleistung dieser Umschreibung? Einzelheiten ergeben sich für das deutsche Recht aus den Anhängen zur VO (EG) 883/2004, in denen einzelne Gattungen des Existenzsicherungsrechts aufgeführt sind (Unterhaltsvorschuss Anhang I und Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts in der Grundsicherung für Arbeitsuchende Anhang X).

Die konkrete **Abgrenzung zwischen der sozialen Sicherheit und der Sozialhilfe**⁴⁸ beruht letztlich auf der **Rechtsprechung des EuGH**. Danach werden die Leistungen der sozialen Sicherheit ohne Einzelfallbeurteilung der **persönlichen Bedürftigkeit**,⁴⁹ wie **Einkommens- und Vermögensverhältnisse** des Einzelnen⁵⁰ bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen⁵¹ gewährt. Dass die Leistung lediglich das Existenzminimum sichert und aus Steuermitteln finanziert wird, steht der Qualifikation als Leistung der sozialen Sicherheit nicht entgegen.⁵² Als solche unterliegt sie dem europäischen koordinierenden Sozialrecht, wird aber nicht exportiert, weil sie in das soziale Umfeld des Empfängers eingebettet ist.⁵³

Auf der Grundlage dieser Unterscheidung sind einige **Materien des deutschen Existenzsicherungsrechts** als **Sozialhilfe** und **nicht** als soziale Sicherheit zu qualifizieren. Denn Sozialhilfe wird konkret-bedarfsbezogen statt abstrakt-risikobezogen gewährt. Subsidiari-

47 Schuler; SRH/Schulte § 33 Rn. 49.

48 Dazu eingehend: Schulte; vgl. auch Oetker/Preis EAS/Igl B 9300, S. 22.

49 EuGH 5.5.1983 – 139/82, Slg 1983, 1427 – Piscitello.

50 EuGH 27.3.1985 – 249/83, Slg 1985, 973 – Hoeckx; 27.3.1985 – 122/84, Slg 1985, 1027 – Scrivener.

51 EuGH 24.2.1987 – 379/85, Slg 1987, 955 – Giletti; 12.5.1998 – C-85/96, Slg 1998, 1-2691 – Sala.

52 EuGH 5.5.1983 – 139/82, Slg 1983, 1427 – Piscitello; 24.2.1987 – 379/85, Slg 1987, 955 – Giletti.

53 EuGH 11.6.1998 – C-297/96, Slg 1998, 1-3467 – Patridge.

tät der Hilfe (§ 2 SGB XII) und die weitreichende Anrechnung von Einkommen und Vermögen des Empfängers oder Dritter (§§ 82 ff. SGB XII) verdeutlichen, dass **der deutsche Begriff der Sozialhilfe** mit dem **EU-rechtlichen nicht übereinstimmt**. Dies erklärt sich zum einen daraus, dass die deutsche Grundsicherung den Erwerbstätigen nach dem SGB II und die Sozialhilfe nach dem SGB XII den Nichterwerbstätigen zukommt. Das EU-Recht vollzieht diese Unterscheidung jedoch nicht nach. Außerdem ist in der Rechtsprechung des EuGH zum Verhältnis von Europäischem koordinierendem Sozialrecht einerseits und den Rechten aus der RL 2004/38/EG andererseits,⁵⁴ der Begriff der Sozialhilfe nach europäischem Recht mehrdeutig; es wird in Art. 3 Abs. 5 VO (EG) Nr. 883/2004 auf die Sozialhilfe nach dem SGB XII begrenzt; dagegen kann im Rahmen von Art. 24 Abs. 2 Richtlinie 2004/38/EG der darin verwendete Begriff der Sozialhilfe auch auf Leistungen sozialer Sicherheit – namentlich beitragsunabhängige Geldleistungen – erstreckt werden.

Insbesondere ist die **Grundsicherung** im Alter und bei Erwerbsminderung (§§ 41 ff. SGB XII) und für Arbeitsuchende eine **beitragsunabhängige Geldleistung**. Das Existenzsicherungsrecht wird also zunehmend in den Geltungsbereich der sozialen Sicherheit und damit das Europäische koordinierende Sozialrecht einbezogen. Zwar sind dessen Leistungen nicht zu exportieren, aber auf sie findet das Diskriminierungsverbot (Art. 4 VO (EG) 883/2004) Anwendung. Erwägenswert erscheint ferner, ob namentlich die **Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung** im Hinblick auf einen das Existenzminimum übersteigenden **Grundfreibetrag** (§ 85 Abs. 2 SGB XII) sowie das persönliche Budget (§ 17 Abs. 2 SGB IX) als beitragsunabhängige Geldleistung (Art. 3 Abs. 3, 70 VO (EG) 883/2004) einzuordnen sind. Dass die Aufwendungen für die Eingliederungshilfen aus Steuermitteln bestritten werden, steht dieser Entscheidung nicht entgegen, ebenso wenig die fehlende Notifizierung der Leistung in einem Anhang.⁵⁵ Diese Qualifikation entspricht im Übrigen der Rechtsprechung des EuGH, insoweit diese wiederholt die einkommensabhängigen Leistungen an Behinderte als Leistungen der sozialen Sicherheit qualifizierte, die allerdings grundsätzlich⁵⁶ nicht dem Exportgebot unterliegen.⁵⁷

- 14 Im Zusammenhang mit der Freizügigkeit der Arbeitnehmer bestimmt die zu deren Verwirklichung erlassene **Verordnung (EU) Nr. 492/2011**, dass Arbeitnehmer anderer Mitgliedstaaten bei der Gewährung „**sozialer Vergünstigungen**“ nicht gegenüber Arbeitnehmern des die Vergünstigung gewährenden Staates benachteiligt werden dürfen. Diese Vergünstigung muss nicht ihren Entstehungsgrund im Arbeitsverhältnis finden.⁵⁸ Vielmehr gilt jede staatliche Zuwendung als soziale Vergünstigung, welche eine abstrakte oder konkrete Notlage der/s. Einzelnen lindern soll. Es fallen darunter namentlich Leistungen an behinderte Menschen,⁵⁹ Fahrpreismäßigungen für Einkommensschwache,⁶⁰ zinslose Geburtsdarlehen,⁶¹ Altersmindesteinkommen für die Eltern des Wanderarbeitnehmers,⁶² Sozialhilfe an Studenten,⁶³ Ausbildungsförderung für Kinder des Wanderarbeitnehmers⁶⁴ oder das Bestattungsgeld.⁶⁵ Demnach hat der EuGH auch eine Zahlung des Mindestein-

54 EuGH 11.11.2014 – C-333/13, ECLI:EU:C:2014:2358 – Dano; 15.9.2015 – C-67/14, ECLI:EU:C:2015:597 – Alimanovic; 25.2.2016 – C-299/14, ECLI:EU:C:2016:114 – García-Nieto.

55 EuGH 11.6.1998 – C-297/96, Slg 1998, I-3467 – Partridge.

56 EuGH 5.5.2011 – C-206/10 – Blindenbeihilfe.

57 EuGH 4.11.1997 – C-20/96, Slg 1997, I-6082 – Snares; 11.6.1998 – C-297/96, Slg 1998, I-3467 – Partridge.

58 Oetker/Preis EAS/Igl B 9300 S. 25 ff.; Fuchs/Steinmeyer III Rn. 2, 6 ff. zu Art. 7 II VO (EWG) Nr. 1612/68.

59 EuGH 11.4.1973 – 76/72, Slg 1973, 457 – Michel S.; 16.12.1976 – 63/76, Slg 1976, 2057 – Inzirillo.

60 EuGH 30.5.1975 – 32/75, Slg 1975, 1085 – Cristini.

61 EuGH 14.1.1982 – 65/81, Slg 1982, 33 – Reina.

62 EuGH 6.6.1985 – 157/84, Slg 1985, 1739 – Frascogna.

63 EuGH 20.9.2001 – C-184/99, Slg 2001, I-6193 – Grzelczyk.

64 EuGH 21.6.1988 – 39/86, Slg 1988, 3161 – Lair; 15.3.1989 – 389/87, Slg 1989, 723 – Echternach; 26.2.1992 – C-3/90, Slg 1992, I-1071 – Bernini; 10.3.1992 – C-111/91, Slg 1993, I-817 – Kommission/Luxemburg.

65 EuGH 23.5.1996 – C-237/94, Slg 1996, I-2617 – O'Flynn.

kommens an Bedürftige (minimex nach belgischem Recht) als soziale Vergünstigung anerkannt.⁶⁶

Weil die genannten Leistungen regelmäßig die Abwendung konkreter Bedarfslagen bei abstrakt oder konkret bemessener Bedürftigkeit bezwecken, ist auch die deutsche **Sozialhilfe** als eine **soziale Vergünstigung** anzusehen, sofern sie nicht sogar namentlich als Leistung der Grundsicherung als Leistung der sozialen Sicherheit zu qualifizieren ist. Die sachliche Erstreckung des **EU-Rechts** auf die **Existenzsicherung** ist daher weitgehend klar und **unproblematisch**. 15

Problematisch ist jedoch die persönliche Erstreckung des EU-Rechts auf die Existenzsicherung. Immerhin ist jedoch unzweifelhaft, dass ein im Falle der Bedürftigkeit zur Sozialhilfe berechtigter **Arbeitnehmer** und **Selbstständiger** aus anderen EG- oder EWR-Staaten nach Art. 7 Abs. 2 VO (EU) Nr. 492/2011 in der deutschen Sozialhilfe **nicht schlechter** gestellt werden darf als ein **Deutscher**. Entsprechendes gilt für einen vormalig in Deutschland als Arbeitnehmer Beschäftigten, der inzwischen arbeitslos, krank, erwerbsunfähig oder alt geworden ist, und deshalb Sozialhilfe benötigt. Entsprechendes gilt auch nach dem **EWG-Assoziationsrecht** im Hinblick auf die Türkei,⁶⁷ selbst wenn die Arbeitnehmerschaft nur möglich wurde, weil der Betreffende aus Mitteln aktiver Arbeitsmarktpolitik vorübergehend eine Arbeitnehmerstellung innehatte. Die Ausdehnung der Freizügigkeit auf Rentner (also vormalige Arbeitnehmer) und Studenten (also künftige Arbeitnehmer) sowie die Einbeziehung der Selbstständigen in die Personenfreiheit (Art. 49 AEUV) verdeutlichen überdies, dass im derzeitigen Verständnis der Freizügigkeit das **EU-Recht** für alle diese Personengruppen **unmittelbar Bedeutung** erlangt. 16

Mit der erstmaligen Erweiterung der Freizügigkeit auf die Nichterwerbstätigen durch die **Richtlinie EWG Nr. 90/366/EWG**,⁶⁸ die durch die Unionsbürger-Richtlinie Nr. 2004/38/EG aufgehoben, in dieser Sache aber fortgeführt wurde, gilt die besagte Freiheit für **alle EU/EWR-Bürger** – allerdings mit der **Einschränkung**, dass bei Einreise ein tatsächlicher Krankenversicherungsschutz bestehen muss und **keine Bedürftigkeit vorliegen** darf. Diese Regelung folgt einem allgemeinen Prinzip, das unausgesprochen auch die **Freizügigkeit beschränkt**. Ist Wanderungsmotiv die Erlangung der Sozialhilfe, so ist diese verwirkt (§ 23 Abs. 3 SGB XII); solche Wanderung kann nicht als Gebrauch der Freizügigkeit verstanden werden. Die Erschleichung von Sozialhilfe eines anderen Staates wird – anders gesagt – durch die Freizügigkeit ausweislich der Art. 7, 14 und 24 der Unionsbürger-Richtlinie 2004/38/EG nicht legitimiert.⁶⁹ Eine solche Disqualifizierung tritt ein, wenn der Entschluss zur Wohnsitzverlegung durch die Absicht der Sozialhilfeerlangung geprägt ist.⁷⁰ Diese Absicht wird vermutet, wenn zwischen Wohnsitzbegründung und Sozialhilfebegehren ein enger zeitlicher Zusammenhang von wenigen Tagen oder Wochen besteht.⁷¹ Es ist international anerkannt und nicht zu beanstanden, dass jede in der Absicht der Sozialhilfeerlangung vorgenommene Wohnsitzverlegung die Umziehenden von der Sozialhilfe ausschließt. Darin liegt ein unstatthaftes forum shopping. Es ist folglich ausgeschlossen, durch Wohnsitznahme die Voraussetzungen für Sozialhilfe in einem Staat bewusst herbeizuführen. Indessen dürfen Nichterwerbstätige, die sich in Wahrnehmung der Freizügigkeit in einem anderen EU-/EWR-Staat niedergelassen haben, weder wegen ihrer Staatsangehörigkeit noch wegen ihres Aufenthaltes diskriminiert (Art. 18, 45 AEUV) 17

66 EuGH 27.3.1985 – 249/83, Slg 1985, 973 – Hoeckx; 27.3.1985 – 122/84, Slg 1985, 1027 – Scrivner.

67 EuGH 26.11.1998 – C-1/97, Slg 1998, I-7747 – Birden/Stadtgemeinde Bremen.

68 ABl. EG 1990 L 180, 26 v. 13.7.1990.

69 Eichenhofer IntSozR Rn. 594; Devetzi/Janda ZESAR 2017, 197; Janda; Berlitz NDV 2017, 67 ff.; Thym VVDStRL 76 (2017), 169 (176 ff.).

70 BSG 18.11.2014 – B 8 SO 9/13 R, BSGE 117, 261; BVerwGE 90, 212 (218).

71 LSG BW 22.6.2016 – L 2 SO 2095/16 ER-B, InfAuslR 2016, 348.

Stichwortverzeichnis

Die **fetten** Zahlen verweisen auf das Kapitel (Beitrag), die mageren auf die Randnummer.

- Ab Erstellung der Fiktionsbescheinigung **34** 47
- Abgrenzung
- zum SGB VIII **27** 33
- Absetzbeträge **20** 158 ff.
- allgemeine **20** 160 ff.
 - Altersvorsorgebeiträge **20** 184
 - Aufwendungen gesetzliche Unterhaltspflicht **20** 190
 - außerhalb der Karenzzeit **21** 70
 - außerhalb von § 11b SGB II **20** 192
 - Beiträge zur Arbeitsförderung **20** 165
 - Einkommen aus Erwerbstätigkeit **20** 194 ff.
 - Einmaleinkommen, als Nachzahlung zufließende Einnahme **20** 205
 - einzusetzendes Einkommen der Eltern im Zusammenhang mit Leistungen nach dem BAB/BAföG **20** 191
 - erhebliches Vermögen **21** 68
 - erhebliches Vermögen (Verfahren) **21** 69
 - Erwerbseinkommen junger Erwachsener **20** 202 f.
 - in der Karenzzeit **21** 68
 - notwendige Ausgaben **20** 185 ff.
 - Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung **20** 165
 - Renten **20** 204
 - Steuern **20** 162
 - Übertragung **21** 65
 - Vermögen **21** 24, 61 ff.
 - Versicherungspauschale **20** 173
 - vom Vermögen abzusetzende **21** 61
 - Zurechnung **21** 65
- Abstandszahlung
- Wohnungsbeschaffungskosten **28** 155
- Abtreibung **20** 300
- Abtretung **21** 19
- Abzweigung **53** 19
- Adoption **20** 300
- Akte
- Datenschutz **49** 11
- Akteneinsicht
- und Sozialdatenschutz **49** 30, 53
- Aktenvorlage
- und Sozialdatenschutz **49** 30, 53
- Aktivierung **6** 1 ff., 15 f., 18 f.
- Abschaffung Arbeitslosenhilfe **6** 16
 - Arbeitsgelegenheiten **6** 26
 - bei Darlehensrückzahlung **6** 21
 - der Bedarfsgemeinschaft **6** 22
 - Eigenverantwortung **6** 1, 3, 21
 - Eingliederungsleistungen **6** 15, 24 ff.
 - erwerbsbezogene **22** 57
 - Existenzsicherung **6** 11 f., 15
 - Fördern und Fordern **6** 5, 19
 - Geldleistung **6** 11 f., 20
 - im SGB XII **6** 28
 - Kooperationsvereinbarung **6** 23
 - Mitwirkungspflichten **6** 23
 - und berufliche Eingliederung **6** 15, 24 ff.
 - workfare **6** 5, 21, 26
- Aktivierung und berufliche Eingliederung
- Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein **29** 37 f.
 - Maßnahmen **29** 34 ff.
 - Teilhabe am Arbeitsleben **29** 39
 - Vermittlungsbudget **29** 30 ff.
- Aktualitätsgrundsatz 7 18 f., **10** 1 ff.
- Akzeptanz
- der Leistung **14** 5
- Alleinerziehende
- Höhe des Mehrbedarfs **25** 17
 - Mehrbedarf **25** 15 ff.
 - Mehrbedarfszuschlag **32** 16
- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 2 1
- Altenhilfe 3 9, **35** 49
- Altenpflege
- Weiterbildungsförderung **29** 60
- Alter 1 8, 3 2, 12
- Ältere Arbeitnehmer
- Weiterbildungsförderung **29** 58
- Ältere Menschen **35** 1 ff.
- Altersarmut, sinkende 1 30
- Altersgrenzen
- Grundsicherung für Arbeitsuchende **12** 18 f.
- Altersrente 35 6 f.
- Grundsicherung für Arbeitsuchende **12** 74 ff.

Stichwortverzeichnis

- Altersvorsorge **21 88, 105**
Altersvorsorgebeiträge **20 184**
Altersvorsorgevermögen
– allgemeines **21 36 ff.**
– hauptberuflich selbstständige Personen **21 39 ff.**
Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz (AltZertG) **21 88**
Ambulante Hilfe **38 44**
Ambulante Leistung
– unverhältnismäßige Mehrkosten **14 68**
– Wunsch- und Wahlrecht **14 41 f., 67 ff.**
Amsterdam **1 5**
Amtsermittlung **60 53**
– Wunsch- und Wahlrecht **14 7**
Amtsermittlungspflicht
– Erlass **59 18**
– Mitwirkungspflicht **48 2, 24**
– und Sozialdatenschutz **49 43**
Amtshaftung
– bei Datenschutzverletzung **49 74**
Amtshaftungsanspruch
– sozialrechtlicher Herstellungsanspruch **56 25**
Amtshandlung, ulässige
– sozialrechtlicher Herstellungsanspruch **56 13**
Amtshilfe
– und Sozialdatenschutz **49 30, 53**
Amtsprinzip
– Übersicht **47 2**
Analogleistungen **34 101**
– Bedarfsätze **34 95**
– Bildung und Teilhabe **27 58**
– Minderung in Gemeinschaftsunterkunft mit Vollverpflegung **34 95**
Analogleistungsberechtigte
– einmalige Leistungen **26 46**
Änderung der Verhältnisse **10 59**
Änderung von Verwaltungsakten **55 1 ff., 10 f.**
– Verwaltungsakt mit Dauerwirkung **55 5 f.**
Anerkannte Flüchtlinge
– Beschäftigungserlaubnis **34 27 f.**
Anerkennung **60 59**
Anfechtungsklage **60 14 f., 27, 37, 61 5**
Anfechtungssachen **61 3**
Anfechtungsstreitigkeit **60 6**
Anfechtungs- und Verpflichtungsklage **60 15**
Angehörige von EWR-Staaten
– Beschäftigungserlaubnis **34 27 f.**
– Freizügigkeit **34 15**
Angemessene Unterkunftskosten
– Betreuungspauschale **36 14**
– Menschen mit Behinderungen **36 10, 12 f.**
– Räumlichkeiten **36 37 f.**
Angemessenheit
– Aktualität Datenquellen **28 76**
– Datenbasis-Ermittlung **28 65**
– Fortschreibung **28 76**
– Kontrolle, sozialgerichtliche **28 67 f.**
Angemessenheitsgrenze **28 72 ff.**
– Clusterbildung **28 80 f.**
– Eingliederungshilfe **36 38**
– Wohngeldgesetz **28 68 ff.**
Angemessenheitsgrenze, konkrete **28 56 ff.**
– Angebotsmieten **28 74 f.**
– Bestands- und Zugangsmieten **28 73 f.**
– Datenbasis Ermittlung **28 64 f., 73 f.**
– Konzept, schlüssiges **28 64 f.**
– Vergleichsraum **28 77 f., 80 f.**
– Wohnungsmarkt, örtlicher **28 77 f.**
Angemessenheitsprüfung
– Konzept, schlüssiges **28 60**
Angemessenheitssatzung, kommunale
– Bestands-/Zugangsmieten, Berücksichtigung von **28 99**
– Bestimmungsgrundsätze für Angemessenheit **28 86 ff.**
– Bewohnerstrukturen, sozial ausgeglichene **28 88**
– Bruttowarmmiete **28 89 f., 93**
– Darlegungs-/Begründungsanforderungen **28 101 ff.**
– Datengrundlage **28 82, 96 ff.**
– Datenqualität **28 97**
– Ermittlungs- und Feststellungsauftrag **28 89**
– Gestaltungsspielraum Satzungsgeber **28 84**
– Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum **28 84**
– Heizkosten, Angemessenheit der **28 91**
– Konzept, schlüssiges **28 89**
– Landesgesetz, Ermächtigung durch **28 82**
– Mindestinhalte **28 82, 89 ff.**
– Normenkontrollverfahren, sozialgerichtliches **28 82**

- Pauschalierung d. Unterkunftskosten **28 82**
- Produkttheorie **28 92**
- Quadratmeterhöchstmiete **28 92**
- Selbstverwaltung, kommunale **28 83**
- Teilwohnungsmärkte **28 94**
- Überprüfung/Fortschreibung **28 100**
- Unterkunft(skosten) **28 81 ff.**
- Verbrauchswerte **28 91**
- Verfassungsgemäßheit, Satzungsermächtigung **28 83 ff.**
- Vergleichsräume, Bildung mehrerer **28 94**
- Vermeidung von Segregation und Gettoisierung **28 88, 94**
- Wohnbedarf, besonderer **28 95**
- Wohnfläche **28 89 f.**
- Wohngeldgesetz, Tabelle zu **28 98**
- Wohnstandard, berücksichtigungsfähiger **28 86**
- Wohnungsmarkt, örtlicher **28 86 f., 97**
- Anhörung
- Widerspruchverfahren **53 7**
- Anhörung, persönliche
- Meldetermin **23 115**
- Minderungsbescheid **23 111 ff.**
- Pflichtverletzung, weitere **23 113 f.**
- Anhörungs-mangel, Wiedereinsetzung **54 29 f.**
- Anordnung nach § 15 Abs. 5 oder 6 SGB II **23 46 ff., 50**
- Anordnungsanspruch **61 32 f., 37**
- Anordnungsgrund **61 34, 37**
- Anpassung Regelbedarf **24 80 ff., 87 ff.**
- Anrechnungsmethode
- horizontale **20 18**
- vertikale **20 20, 29**
- Ansprachpartner, persönlicher **16 3**
- Anspruch **1 9**
- durchsetzbarer **11 24 ff.**
- persönlicher **18 7 ff.**
- Anspruchsübergang
- Grundsicherung für Arbeitsuchende **40 6 ff.**
- im SGB IX **40 111 ff.**
- Nachranggrundsatz **40 1 ff.**
- öffentlich-rechtlicher Auskunftsanspruch **40 48 f.**
- Sozialhilfe **40 71 ff.**
- Verwandtenunterhalt **40 77**
- Anspruchsübergang nach SGB II
- Anspruchsverzicht **40 17**
- Ausschluss bei Bedarfsgemeinschaft **40 26 ff.**
- Ausschluss bei laufenden Unterhaltsleistungen **40 27 f.**
- Ausschluss bei Unterhaltsansprüchen **40 25 ff., 29 ff.**
- bürgerlich-rechtlicher Unterhaltsanspruch **40 18 ff., 22 ff.**
- Durchsetzung **40 56 ff.**
- Einschränkung **40 32 ff.**
- Höhe des Anspruchs **40 21**
- kausale Verknüpfung **40 12 f.**
- Rückübertragung **40 64 ff.**
- sachliche Wirkungen **40 46 ff.**
- Übergangsfähigkeit **40 14 ff.**
- Umfang **40 46**
- unterhaltsrechtlicher Auskunftsanspruch **40 48 f.**
- Veränderungen nach Rechtskraft **40 68 ff.**
- Voraussetzungen **40 8 ff.**
- zeitliche Deckungsgleichheit **40 11**
- zeitliche Wirkung **40 50 f.**
- Anspruchsübergang nach SGB II, Einschränkung
- Unterschied zwischen Unterhaltsanspruch und Leistungen des SGB II **40 39 ff.**
- Anspruchsübergang nach SGB II, Einschränkung beim ~
- Vergleichsberechnung **40 32 ff.**
- Anspruchsübergang nach SGB XII
- Beschränkung bei Menschen mit Behinderungen **40 81 ff.**
- Beschränkung bei Pflegebedürftigen **40 81 ff.**
- bürgerlich-rechtliche Unterhaltsansprüche (§ 94 SGB XII) **40 72 ff.**
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung **40 78**
- Schwangere **40 79**
- Überleitung anderer Ansprüche (§ 93 SGB XII) **40 92 ff.**
- Verwandtenunterhalt **40 75**
- Anspruchsüberleitung
- im SGB IX **40 111 ff.**
- Anspruchsverzicht
- Sittenwidrigkeit **40 17 ff.**
- Antrag **10 7, 12, 44 ff.**
- Bedeutung **47 4 f.**
- Folgeantrag **47 25 ff.**

Stichwortverzeichnis

- Formfragen **47** 13 ff.
- Grundsicherung im Alter **35** 46
- Inhalt **47** 7 ff.
- Mehrbedarfe **25** 11
- Meistbegünstigungsprinzip **47** 7 f., 11 f.
- Rückwirkung **47** 5, 32 ff.
- verfahrensrechtliche Wirkung **47** 29
- vorläufige Leistung **51** 45
- Wiedereinsetzung **54** 12
- Antrag Lernförderung **27** 32
- Antragsberechtigte **27** 48
- Antragserfordernis **47** 4 f.
- einmalige Leistungen **26** 17 ff.
- Übersicht **47** 1 f.
- Antragsfiktion **47** 3
- Antragsprinzip **7** 28 ff.
- Antragstellung **27** 47
- Darlehen **15** 48
- Dauer **47** 25 ff.
- Minderjährige **47** 21 f.
- Rückwirkung **47** 32 ff.
- sozialrechtlicher Herstellungsanspruch **47** 41
- unzuständige Behörde **47** 30 f.
- Vertretung **47** 17
- Wiedereinsetzung **47** 40
- wiederholte **47** 36 ff.
- Zugang **47** 23 f.
- Zuständigkeit **50** 40
- Arbeit **1** 5, **38** 22
- Arbeitnehmer **2** 16
- autonomer Begriff des Unionsrechts **34** 43
- Erhalt des Erwerbstätigenstatus **34** 45
- Arbeits(aufnahme)verweigerung
- Leistungsminderung **23** 51 ff.
- Zumutbarkeit der Arbeit **23** 53
- Arbeitsentgelt WfbM
- Freibetrag **36** 45
- Arbeitsfähigkeit **3** 5
- Arbeitsförderung **3** 5
- Abgrenzung zum SGB II **29** 3 ff.
- Begrifflichkeiten **29** 15 ff.
- Beiträge zur **20** 165
- Leistungen aktiver, Existenzsicherung **12** 15
- Systematik **29** 15 ff.
- Arbeitsförderungsgeld **20** 259, **36** 43
- Arbeit(sgelegenheit)
- Arbeits-/Arbeitsschutzrecht, zwingendes **22** 38
- Arbeitsbedingungen, Verschlechterung der **22** 55
- berufliche Aus-/Weiterbildung **22** 46
- Berufsfreiheit **22** 24
- Ehe und Familie, Schutz von **22** 49
- Erwerbstätigkeit, Beendigung aktueller **22** 56
- Glaubens- und Gewissensfreiheit **22** 47
- kein Ausbildungs-/Berufsschutz **22** 52
- kein Bereitstellungsanspruch **22** 17
- Kinderbetreuung, anderweitig sicher gestellt **22** 32 ff.
- Kinderbetreuung, Unzumutbarkeit bei **22** 29 ff.
- Leistungseinschränkungen, Unzumutbarkeit bei **22** 26 ff.
- Leistungsminderung **23** 52, 59
- Lohnwucher **22** 40 f.
- Menschenwürdegrundsatz **22** 24
- Mindestlohn(gesetz) **22** 39
- Mindestlohnverordnung **22** 41
- Pendelzeiten **22** 54
- Pflege Angehöriger/sonst. Familienpflichten **22** 34 ff.
- Pflichtenkollisionen, nicht vermeidbare **22** 48
- Qualifikations-/Berufsschutz, kein **22** 51 ff.
- Schulbesuch **22** 45
- sexuelle Dienstleistungen **22** 43
- Tagesbetreuungsplatz **22** 33
- Tätigkeit, geringerwertige **22** 53
- Tätigkeit, selbstständige **22** 50
- Übernahme einer zumutbaren **22** 17 ff.
- Unzumutbarkeitsgrund, sonstiger wichtiger **22** 37 ff.
- Zumutbarkeit **22** 19, 22 ff.
- Arbeitsgelegenheiten **29** 81 ff.
- Anbieter **29** 84
- Bestimmtheit **29** 85
- Dauer **29** 92 f.
- Entschädigung für Mehraufwendungen **29** 99
- Gegenstand **29** 86
- kein Individualanspruch **29** 83
- öffentliches Interesse **29** 89
- rechtliche Stellung des Leistungsberechtigten **29** 98
- Rechtsbeziehungen **29** 97 ff.
- Wettbewerbsneutralität **29** 90
- zeitliche Beanspruchung **29** 91

- Ziel **29 95**
- Zusätzlichkeit **29 87 f.**
- Zuweisung **29 102 f.**
- Arbeitsgemeinschaft **60 37**
- Arbeitsgesellschaft
 - Arbeitskraft, Einsatz der eigenen **22 3**
- Arbeitshaus **1 5**
- Arbeitskraft **1 12**
- Arbeitskraft, Einsatz der eigenen **22 1 ff.**
 - aktive Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft **22 57**
 - als Leistungsvoraussetzung **22 6 ff.**
 - Arbeitsgesellschaft **22 3**
 - Bedarfsdeckungsgrundsatz **22 9**
 - Einkommenserzielung **22 58**
 - Erwerbstätigkeit, geringfügige **22 59**
 - Leistungsberechtigte, erwerbsfähige **22 20 ff.**
 - Leistungsminderung **23 1 ff.**
 - Leistungsminderung/-wegfall (Sanktion) **22 9**
 - Restarbeitsvermögen **22 58**
 - Sozialhilfe **22 57 ff.**
 - Zumutbarkeit **22 8**
- Arbeitslosengeld II **1 29, 21 101**
 - besondere beitragsunabhängige Leistungen **34 32**
- Arbeitslosenhilfe **3 5**
- Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Zusammenführung
 - Bundesergänzungszuweisungen **4 9**
- Arbeitslosenversicherung **3 5, 20 171**
- Arbeitsmarkt **2 22, 3 5**
 - allgemeiner **38 50, 52**
 - Deregulierung **6 3 f.**
 - Teilhabe **29 13**
- Arbeitsmarktintegration **3 5**
- Arbeitsmarktpolitik
 - aktivierende **6 3 f.**
- Arbeitsmarktrente
 - Erwerbsfähigkeit **12 31**
- Arbeitsmoral **1 6**
- Arbeitsplatz **38 16**
 - Hilfe zur Erlangung und Sicherung **38 49 ff.**
- Arbeitsplatzangebot, Zwang zur Aufnahme **23 16**
- Arbeitsuche **1 8, 2 21 f., 3 2**
- Arbeitsucheobliegenheit **22 12 ff.**
 - Bewerbungskosten **22 15**
 - Eingliederungsvereinbarung **22 16**
 - Leistungsminderung **23 1 ff.**
 - Zumutbarkeit **22 13 f.**
- Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung
 - Meldeobliegenheit, Verstoß gegen **23 78**
- Arbeitsvermittlung **3 5**
- Arbeitsverwaltung **3 5**
- Arbeitsverweigerung, qualifizierte
 - Leistungswegfall **23 85a**
- Archivierung
 - Datenschutz **49 64**
- Armenfürsorge **1 1, 4**
- Armenhaus **1 5**
- Armenpflege **1 1**
- Armenrecht **1 1**
- Armut **38 2**
 - bekämpfte **5 2**
 - bekämpfte ~ **5 30 ff.**
 - Dunkelziffer **5 2**
 - relative **5 3 f.**
 - relative Einkommens~ **5 36 ff.**
 - verdeckte **5 2, 35**
- Armutsgefährdung **1 30**
- Armutsgrenze, politische **5 2**
- Armutsrisiko **1 30**
 - Gesundheitsbedarf **31 2**
- Asozialität **1 7**
- Asylberechtigte
 - Beschäftigungserlaubnis **34 27**
- Asylbewerber
 - Aufenthaltsgestattung **34 5**
 - Leistungen zur Gesundheit **31 47**
 - Sachleistungsprinzip **14 52 f.**
 - Unterkunft **14 66**
- Asylbewerberleistungen
 - Kostenerstattung zwischen den Trägern **43 94 ff.**
- Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) **1 27, 12 105 f.**
 - Analogleistungen **34 101**
 - Anrechnung von Einkommen und Vermögen **34 117 ff.**
 - Anwendbarkeit SGB I, SGB X **34 75**
 - Arbeitsgelegenheiten **34 114 ff.**
 - Arbeitsgelegenheiten in Aufnahmeeinrichtungen **22 61 ff.**
 - Arbeitskraft, Einsatz der eigenen **22 60 ff.**
 - Arbeitsmarktteilhabe **22 60**
 - Bedarfe für Bildung und Teilhabe **34 100**
 - Bedarfe für Unterkunft, Heizung und Hausrat **34 99**

Stichwortverzeichnis

- einmalige Leistungen **26** 45 ff.
- Entwicklung **34** 76 ff.
- Erstattungspflicht bei Einkommen und Vermögen **34** 118
- Flüchtlingsintegrationsmaßnahme **22** 63 ff.
- Grundleistungen **26** 45 ff.
- Impfschutz **34** 106
- Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt **34** 102 ff., 106
- Leistungsberechtigte **34** 78 ff.
- Leistungseinschränkungen **34** 119 ff.
- Leistungsminderungen **23** 131 ff.
- örtliche Zuständigkeit **34** 113
- Pflicht zur Annahme von Arbeitsgelegenheiten **34** 115
- sachliche Zuständigkeit **34** 113
- sonstige Leistungen **34** 108 ff.
- Urteil des BVerfG **34** 76
- Verfassungsmäßigkeit **34** 76
- Zuständigkeit Sozialgerichtsbarkeit **34** 75
- Asylbewerbung **3** 2
- Asylpaket I **14** 53, **34** 77
- Asylpaket II **14** 53, **34** 77
- Asylsuchende
 - Fachkräfteeinwanderungsgesetz **34** 29
 - Spurwechsel **34** 29
- Aufenthalt
 - gewöhnlicher **28** 77
- Aufenthaltsbegründung **2** 20
- Aufenthaltsurlaubnis **34** 5
- Aufenthaltsgestattung **34** 80
 - Ankunftsnachweis **34** 80
- Aufenthaltsstitel
 - Aufenthaltserlaubnis **34** 5
 - Beschäftigung **34** 28
 - Niederlassungserlaubnis **34** 5
 - Spurwechsel **34** 29
 - Unionsbürger **34** 16
 - Verpflichtungserklärung **34** 25
 - Visum **34** 5
- Aufforderung
 - Kooperationsplan **16** 37 ff.
- Aufhebung **57** 1 ff.
 - Bestimmtheit **57** 20 f.
 - der Vollziehung **61** 25
 - Individualisierung **57** 22 ff.
 - und Erstattung **61** 13
- Aufhebungsentscheidung
 - Bildung und Teilhabe **27** 60
- Aufhebungs- und Erstattungsbescheid **60** 6
- Aufklärung **17** 9
- Aufnahme einer Beschäftigung **29** 61 ff.
 - Eingliederungszuschuss **29** 62 ff.
 - Gründungszuschuss **29** 61
- Aufnahmeeinrichtung **34** 90
 - Grundleistungen **34** 90 ff.
 - Sachleistungsprinzip **14** 53
- Aufnahmeverpflichtung **45** 36
- Aufrechnung **20** 81, **58** 1 ff.
 - § 26 SGB XII **21** 10
 - Ausführungsverwaltungsakt **15** 51
 - Darlehen **15** 51 ff., **58** 14 ff.
 - Dauer **15** 51, **58** 12 f., 33 f.
 - doppelte Leistung **58** 23
 - Ersatzansprüche **58** 10
 - Erstattungsansprüche **58** 6 ff.
 - Geldleistungen **15** 32
 - Grundlagenverwaltungsakt **15** 51
 - Höhe **15** 51
 - Kostenersatz **58** 21 f.
 - Mietkautionsdarlehen **15** 53
 - Rückforderungsansprüche **58** 5 ff., 20 ff.
 - Schutz des Existenzminimums **52** 2
 - Umfang **58** 11, 26 ff.
 - Verwaltungsakt **58** 4
- Aufschiebende Wirkung **53** 11 ff., **61** 4 ff.
- Aufschubinteresse **61** 18
- Aufsichtsbehörde
 - Datenschutz **49** 76
- Aufstocker
 - Erreichbarkeit **12** 81
 - Leistungsminderung **23** 64
- Auftragsverarbeiter
 - personenbezogene Daten **49** 22
- Aufwandspauschalen **20** 121
- Aufwendungen
 - gesetzliche Unterhaltspflicht **20** 190
- Aufwendungen, weitere tatsächliche
 - Ausrüstungsgegenstände **27** 44
- Ausbildung
 - Abgrenzung zur Weiterbildung **33** 2
 - Begriff **33** 2
 - Hilfen zur **38** 49, 55, 62, 71 ff.
 - Nichtaufnahme/Abbruch, Leistungsminderung **23** 55
- Ausbildungsförderung **2** 14, **3** 12
 - BAföG **33** 3
 - Berufsausbildungsbeihilfe **33** 3
 - berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme **33** 3

- Ergänzung durch SGB II **33** 42 ff.
- für behinderte Menschen **33** 3, 41
- indirekte Förderleistungen **33** 5
- soziales Recht **33** 1
- Systeme der Ausbildungsförderung **33** 3 f.
- Ausbildungsvergütung
 - Zuschüsse **29** 41
- Ausgaben
 - zur Erzielung des Einkommens notwendige **20** 185 ff.
- Ausgleichsbetrag **4** 29
- Ausgrenzung **1** 16
 - relative **5** 1
 - soziale **38** 2, 16, 60
- Auskunft **17** 9
- Auskunftspflicht **49** 44, 61
 - Partner **19** 37, **48** 33
 - Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft **19** 36 ff.
 - Zwangsmittel **19** 38
- Ausländer **12** 61
 - Abgrenzung der Leistungssysteme nach dem SGB II, SGB XII und AsylbLG **34** 57 ff.
 - anerkannte Asylberechtigte, subsidiär Schutzberechtigte **34** 54
 - Anspruch auf Bürgergeld **34** 26 ff.
 - Anspruch auf Sozialhilfe **34** 55 ff.
 - Arbeitsuche als Aufenthaltzweck **12** 59 f.
 - Asylbewerber **34** 53
 - Aufenthaltsrecht zum Studium **34** 49
 - Aufenthaltsstatus, ungesicherter **12** 106 f.
 - Ausschluss vom Anspruch auf Bürgergeld **34** 26
 - Begriff **34** 3
 - Beschäftigungserlaubnis **34** 27 f.
 - Drittstaatsangehörige **34** 3
 - Einreise, Zeit unmittelbar nach **12** 57
 - Erwerbsfähigkeit **34** 27 f.
 - Fiktionsbescheinigung **34** 54
 - Geltung des SGB **34** 4
 - gewöhnlicher Aufenthalt **34** 30 f.
 - Grundsicherung **34** 3
 - Grundsicherung für Arbeitsuchende (Bürgergeld) **12** 55 ff.
 - Inlandsaufenthalt, gewöhnlicher **12** 45
 - Leistungsausschluss **34** 4, 35 ff.
 - Leistungsausschlüsse **12** 101
 - Leistungsausschlüsse, besondere **12** 55 ff.
 - Leistungsexport **34** 32
 - ohne Aufenthaltsrecht **12** 58
 - SGB II, Leistungsberechtigung von Arbeitnehmern, Selbstständigen, Personen mit fortgeltendem Erwerbstätigenstatus **34** 42 ff.
 - Sozialhilfe **12** 100 f.
 - staatenlose **34** 3
 - tatsächlicher Aufenthalt **34** 56 ff.
 - ukrainische Geflüchtete **34** 54
 - Unionsbürger **34** 3
 - Wegfall Aufenthaltsrecht **34** 23 f.
- Ausländer*innen
 - Arbeitsuche als Aufenthaltzweck **12** 60 f.
 - Leistungsausschluss **12** 102 f.
 - Zuständigkeit **50** 59 f.
- Auslandsverwendungszuschlag **20** 149
- Auslegung, verfassungskonforme **23** 12 f.
- Ausrüstungsgegenstände
 - weitere tatsächliche Aufwendungen **27** 44
- Ausschluss
 - (SGB XII) von Ausländern, Leistungsberechtigte nach § 1 AsylbLG **34** 66
 - von Ausländern von Sozialhilfe, Rückausnahmen bei Aufenthaltstitel aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen **34** 71 ff.
- Ausschreibung in einem Vergabeverfahren **45** 9
- Aussetzung
 - der Vollziehung **61** 7
 - der Zwangsvollstreckung **60** 90 ff.
- Auswahlmessen **13** 11, **38** 28
 - Vorrang ambulanter Leistung **14** 40
- Auszubildende
 - einmalige Leistungen **26** 11
 - Grundsicherung für Arbeitsuchende **36** 19 ff.
 - Härtefall **36** 20 f.
 - Mehrbedarfe **25** 8
- Auszubildende, Leistungsausschluss für
 - Aus- oder Weiterbildung **12** 86 f.
 - Förderungsfähigkeit der Ausbildung **12** 86 f.
 - Grundsicherung für Arbeitsuchende **12** 84 ff.
 - Härtefälle, besondere **12** 89

Stichwortverzeichnis

- Mehrbedarfsleistungen **12 88**
- Reichweite des Leistungsausschlusses **12 85**
- Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt) **12 104**
- BAföG **33 6 ff.**
 - Bedürftigkeit **33 9 ff.**
 - Bewilligungszeitraum **33 12**
 - Einkommen **33 10 ff.**
 - elterneinkommensabhängig **33 14**
 - elterneinkommensunabhängig **33 15**
 - förderungsfähige Ausbildung **33 7**
 - Höhe der Förderung **33 21 ff.**
 - persönliche Förderungsvoraussetzungen **33 8**
 - Vorausleistung **33 14**
- Bagatteleinkommen **20 146**
- Barauszahlung von Geldleistungen *siehe* Geldleistungen SGB II
- Barbetrag **21 107 ff., 121**
- Barbeträge **37 22**
- Bargeld
 - Vollstreckungsschutz **52 24**
- Barrierefreiheit **2 4**
- Baualtersklassen
 - Angemessenheitsgrenze, konkrete **28 64 f.**
- Bedarf
 - notwendiger **34 91**
 - notwendiger persönlicher **34 92 ff.**
 - spezifischer **26 1 ff.**
 - vergangener **10 6**
 - zukünftiger **10 6, 19**
- Bedarfe für Bildung und Teilhabe AsylbLG **34 100**
- Bedarfs-/Einsatzgemeinschaft
 - Existenzsicherungslasten **4 22**
- Bedarfsdeckung **1 12, 3 2, 11 26, 38 35 ff., 79**
 - einmalige Leistungen **26 1 ff.**
 - vermutete, SGB II **19 43 ff.**
 - vermutete, SGB XII **19 45 ff.**
- Bedarfsdeckungsgrundsatz **11 24 ff., 14 18**
 - einmalige Leistungen **26 4**
 - einzige Leistung **14 22**
 - Gegenseitigkeitsprinzip **7 18**
 - Individualisierungsgrundsatz **7 25**
 - Leistungsanspruch, subjektiv-öffentlichrechtlicher **7 17**
 - Leistungsminderung **23 6**
 - Menschenwürdekern **7 17**
 - Notlage, aktuelle **7 17**
 - Pauschalierung der Unterkunftskosten **28 103 ff.**
 - Sozialhilfedarlehen **15 8 f.**
 - Strukturprinzipien **7 16 ff.**
 - Tilgung von Regelsonderbedarfsdarlehen **15 52**
 - Wunsch- und Wahlrecht **14 8 f., 46, 74**
- Bedarfsdeckungsprinzip
 - Grundrecht auf Existenzminimum **8 21**
- Bedarfsermittlung **38 79, 81**
- Bedarfsfestlegung
 - Bewertungsspielraum der Gesetzgebung **8 43**
 - migrationspolitische Erwägungen **8 45**
 - realitätsgerechte Bemessung als Verfassungsgebote **8 47**
 - verfassungsrechtliche Anforderungen **8 42 ff.**
- Bedarfsfestlegung im AsylbLG
 - Verfassungskonformität **8 45**
- Bedarfsgemeinschaft **1 29, 18 1 ff., 10 ff., 20 7, 60 34**
 - Auslegung der Klageschrift **60 12**
 - Auszubildende, Kinder von **12 50**
 - Begriff **18 4**
 - Einzelspruch **18 7 ff.**
 - Eltern-Kind-Verhältnisse **12 53**
 - Familiennotgemeinschaft **18 1**
 - funktionierende **18 17**
 - gemischte **18 15, 20 33, 35 39 ff.**
 - gemischte- **12 51**
 - Gesellschaftsbild **18 2**
 - Haushaltsgemeinschaft **12 49**
 - Klageschrift **60 4**
 - Leistungsanspruch, individueller **12 46**
 - Leistungsberechtigung, abgeleitete **12 46 ff.**
 - Mitglieder **12 52, 18 11 ff.**
 - öffentliche Fürsorge **18 1 f.**
 - partnerschaftliche/eheähnliche Gemeinschaft **12 54**
 - Rechtsanspruch für Mitglieder **18 12**
 - Rechtsfolgen für Mitglieder **18 13**
 - Sozialhilfedarlehen **15 42 ff.**
 - überlappende **18 14**
 - und Aktivierung **6 22**
 - zeitweise **18 16**
 - Zwangssolidargemeinschaft, soziale **12 47 f.**
- Bedarfsgemeinschaft, gemischte **34 97, 35 39 ff.**

- Bedarfsgemeinschaft, temporäre
 - örtliche Zuständigkeit **50 24**
- Bedarfsgemeinschaft, zeitweise
 - örtliche Zuständigkeit **50 24**
- Bedarfssätze
 - Festlegung **34 96**
 - Fortschreibung **34 96**
- Bedarfssurrogat **10 42, 50 f.**
- Bedürftigkeit **2 12, 17**
- Begründetheit **60 46 ff., 61 17, 32**
- Begründungsmangel, Wiedereinsetzung **54 29 f.**
- Begründung von Ermessensentscheidungen **13 23**
- Behinderte Menschen
 - Unterstützung **47 15**
- Behindertenrechtskonvention **14 41**
- Behinderung **1 12, 3 7, 14 41, 29 39**
 - als Umzugshindernis **28 129 f.**
 - Angemessenheitssatzung, kommunale **28 95**
 - Definition **36 1**
 - Erwerbsfähigkeit **12 24 ff., 36 2**
 - Mehrbedarfe **25 19 ff.**
 - Öffnungsklausel für Mehrbedarfe **25 52**
 - persönliches Budget **14 56**
 - Sozialhilfemehrbedarf **25 29 ff.**
 - Wohnflächenbedarf, besonderer **28 48**
 - Wunsch- und Wahlrecht **14 2**
- Behördenprivileg
 - Sozialdatenschutz **49 75**
- Beihilfenverbot **46 21 ff.**
 - funktionaler Unternehmensbegriff **46 27 ff.**
- Beiträge
 - Beitragslücke **31 30**
 - Krankenversicherung **31 13 ff.**
 - Schulden **31 18**
 - zu öffentlichen/privaten Versicherungen **20 172 ff.**
 - Zuschuss **31 17**
- Beitragsunabhängige Geldleistungen **2 9, 11**
- Beitragszahlung **1 9**
- Bekanntgabe **60 40**
- Bekleidung
 - Erstausrüstung **26 31 ff.**
- Benachteiligung
 - individuelle **38 15**
 - soziale **38 73**
- Beratung **17 1 ff., 29 25 ff.**
 - aktivierende **17 49**
 - als Rechtsdienstleistung **17 44 f.**
 - Arbeitsmarktberatung **29 26**
 - Aufsuchende **17 40**
 - Auswegberatung **17 11**
 - Beratungsgrundsätze **17 7, 14 f., 24 f.**
 - Beratungshilfe **17 46 f.**
 - Beratungskompetenzen **17 36**
 - Beratungskonzept **17 36**
 - Beratungsqualität **17 7**
 - Beratungsrelevanz **17 51**
 - Beratungsressourcen **17 36**
 - Beratungsverständnis **17 36**
 - Beratungszufriedenheit **17 36**
 - Berufsberatung **29 26**
 - Berufsorientierung **29 22, 25**
 - Budgetberatung **17 51**
 - computergestützte Informationsangebote **29 29**
 - durch freie Träger **17 44 f.**
 - Eingliederung **17 28, 30**
 - Fachberatung **30 37 ff.**
 - freie Träger **17 12 ff.**
 - Freiwilligkeit **17 49**
 - Hausbesuche **17 40**
 - Hierarchiegefälle **17 48**
 - im BSHG **17 1 ff., 11 ff.**
 - im SGB I **17 5 ff., 41**
 - im SGB II **17 28 ff.**
 - im SGB XII **17 19 ff.**
 - Inhalte von **17 7, 14 ff., 23 ff.**
 - Motivation **17 49 f.**
 - niedrigschwellige **38 87**
 - persönliche **38 39 ff.**
 - Rechtsanspruch auf **17 4 ff., 19, 30, 41**
 - soziale **38 30**
 - sozialraumorientierte **17 40**
 - unabhängige **17 16 ff., 25, 46 f.**
 - und Aktivierung **17 28, 48 f.**
 - und Amtsermittlung **17 46 f.**
 - Vermittlungsangebot **29 27 f.**
 - Verzahnung aktive und passive Leistungen **17 39**
 - Wunschrecht **17 19**
 - Wunsch- und Wahlrecht **17 12**
 - zu Ermessen **17 51**
 - zu Schnittstellen **17 51**
 - zu Verfahrensrechten **17 51**
 - Zwangskontext **17 48 f.**
- Beratungsangebot
 - Leistungsberechtigte, unter 25-jährige **23 117 ff.**

Stichwortverzeichnis

- Beratungsanspruch
 - Novellierung im SGB II **17 30**
- Beratungsbedarf
 - Heterogenität **17 36**
- Beratungspflicht **17 14, 30, 41, 36 25**
- Beratungs- und Vermittlungsangebote **29 25 ff.**
- Berechnungsmethode, vertikale **20 20**
- Berechtigungsschein **14 42**
- Bereich, zeit- und ortsnahe
 - Grundsicherung für Arbeitsuchende **12 80 ff.**
- Bereite Mittel **10 13 ff., 35 ff.**
- Berichtigung von Sozialdaten **49 62**
- Berufliche Eingliederung
 - als Aktivierung **6 15**
- Berufliche Weiterbildung **29 48 ff.**
 - Altenpflege **29 60**
 - ältere Arbeitnehmer **29 58**
 - Erwerb von Grundkompetenzen **29 57**
 - Förderfälle **29 50**
 - Hauptschulabschluss **29 57**
 - Leistungsumfang **29 56**
 - Qualifizierungsgeld **29 59**
- Berufsausbildung **7 34, 21 91**
- Berufsausbildungsbeihilfe **29 22, 33 26 ff.**
 - Bedarf **33 33**
 - Bedürftigkeit **33 34 f.**
 - betriebliche oder außerbetriebliche Durchführung **33 30**
 - Bewilligungszeitraum **33 36**
 - förderungsfähige Berufsausbildung **33 28 ff.**
 - persönliche Voraussetzungen **33 32**
 - Rechtsfolge **33 36**
 - staatlich anerkannter Ausbildungsberuf **33 29**
- Berufseinstiegsbegleitung **29 22**
- Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme **33 26, 37 ff.**
 - Förderfähigkeit der jungen Menschen **33 39**
 - Förderfähigkeit der Maßnahme **33 38**
 - Rechtsfolge **33 40**
- Berufswahlfreiheit **23 16**
- Berufswahl und Berufsbildung **29 40 ff.**
 - assistierte Ausbildung **29 45**
 - ausbildungsbegleitende Hilfen **29 42 f.**
 - außerbetriebliche Berufsausbildung **29 42**
 - Einstiegsqualifizierung **29 44**
 - Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung **29 41**
- Berufung **60 68 ff.**
 - Nichtzulassungsbeschwerde **60 70**
 - Zulassung **60 69 f.**
 - Zulassungsgründe **60 70**
- Berufungsstreitwert **60 69**
- Beschädigtengrundrente **21 101**
- Beschaffungsermessen **45 9**
- Beschäftigung
 - Teilzeit **1 30**
 - Vollzeit **1 30**
- Beschäftigung, prekäre **22 12**
- Beschäftigungsförderung **3 5**
- Bescheidung **60 23**
- Bescheidungsurteil **60 47**
- Beschwerde **61 52**
- Besondere beitragsunabhängige Leistungen
 - Exportpflicht **34 32**
 - Gleichbehandlungsgebot **34 32**
- Besondere Härte **21 55 ff.**
- Besondere Leistungen
 - Vorrang **37 2**
- Besondere Wohnformen **36 36**
- Bestattung
 - Wunsch- und Wahlrecht **14 75 ff.**
- Bestattungsgeld **2 14**
- Bestattungskosten(übernahme) **10 46, 39 1 ff.**
 - Anspruchsinhalt **39 8 ff.**
 - Antrag(sfrist) **39 20**
 - Auslandsbestattung **39 22**
 - Bedarf, atypischer **39 1**
 - Bestattung, anonyme **39 16**
 - Bestattung, würdige **39 16**
 - Bestattungsaufwand, ortsüblicher **39 16 f.**
 - Bestattungskosten, Erforderlichkeit **39 16 ff.**
 - Bestattungskosten, mittelbare **39 18**
 - Feuerbestattung **39 16**
 - Kosten-/Schuldenübernahme, spezielle **39 2**
 - Kostenbegrenzung, Obliegenheit zur ~ **39 19**
 - Sozialhilfeträger, zuständiger **39 21**
 - Verfahren **39 20 ff.**
 - Zuständigkeit **50 64**
- Bestattungs(kosten)verpflichteter **39 4 ff.**
 - Ansprüche gegen Dritte **39 11**